

Elternschaft Migration Behinderung

Wie Selbsthilfe gelingen kann



Impressum

Herausgeber	Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. Leipziger Platz 15 10117 Berlin Tel.: 030 206411-0 Fax: 030 206411-204 www.lebenshilfe.de	©InterAktiv, Verein zur Förderung eines gleichberechtigten Lebens für Menschen mit Behinderung e. V.: S. 49, S. 50, S. 51 ©Migranteneltern helfen Migranteneltern, Landeshaupt- stadt Stuttgart und Elternstiftung Baden-Württemberg: S. 52 (Logo)
Autorinnen	Dr. Susanne Schwalgin Dr. des. Donja Amirpur Sabine Kriechhammer-Yağmur	
Redaktion	Dr. Susanne Schwalgin	Layout, Satz, Titelgestaltung Ina Beyer, Berlin
Lektorat	Silke Leibner, Silbenschliff	
Fotos	©Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V., Bernd Lammel: Titel, S. 9, S. 11, S. 13, S. 15, S. 17, S. 18, S. 19, S. 21, S. 22, S. 25, S. 26, S. 31, S. 32, S. 34, S. 36, S. 41, S. 42, S. 52, S. 53, S. 56, S. 58, S. 61 ©Lebenshilfe Tübingen e. V.: S. 14, S. 54, S. 55, S. 59, S. 60 ©MINA – Leben in Vielfalt e. V.: S. 48 ©Verein zur Unterstützung behinderter Migranten - UMUT e. V.: S. 46, S. 47 ©Der Türkisch-Deutsche Verein zur Integration behinderter Menschen e. V. (TIM): S. 44, S. 45	Druckvorstufe, Produktion Hans D. Beyer Druck Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza
		Alle Rechte vorbehalten Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Autorinnen. © Bundesvereinigung Lebenshilfe, Dezember 2015

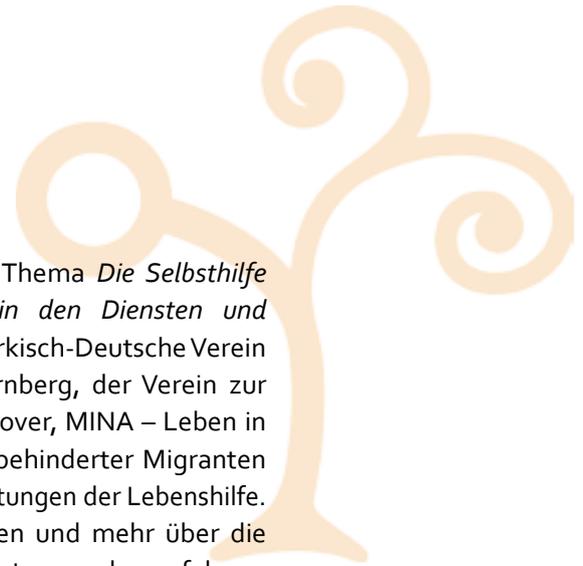
Zur Entstehung der Broschüre

Die Grundlage zu dieser Broschüre war ein Fachtag zum Thema *Die Selbsthilfe eingewanderter Eltern von Kindern mit Behinderungen in den Diensten und Einrichtungen der Lebenshilfe stärken*. Vertreten waren der Türkisch-Deutscher Verein zur Integration behinderter Menschen (TIM) e. V. aus Nürnberg, der Verein zur Unterstützung behinderter Migranten UMUT e. V. aus Hannover, MINA – Leben in Vielfalt e. V. aus Berlin und BeMig – Verein zur Förderung behinderter Migranten e. V. aus Dortmund sowie Fachkräfte aus Diensten und Einrichtungen der Lebenshilfe. Ziel der Veranstaltung war, sich gegenseitig kennenzulernen und mehr über die Motive und Ziele der Selbsthilfe von Eltern mit Migrationshintergrund zu erfahren. Darüber hinaus wollten die Teilnehmer*innen in einen fachlichen Austausch treten.

Am Ende des gemeinsamen Tages hatten alle interessante und überraschende Einsichten gewonnen: Der Austausch hatte die Fachkräfte dafür sensibilisiert, welche Unterstützung eingewanderte Eltern brauchen, die ein Kind mit Behinderung haben. Sie hatten – teils zu ihrer Überraschung – festgestellt, dass sich eingewanderte Eltern aus den gleichen Gründen wie nicht eingewanderte Eltern in Selbsthilfegruppen engagieren: Sie suchen für ihre Kinder bessere Teilhabemöglichkeiten und gesellschaftliche Inklusion. Für sich selber suchen sie einen besseren Zugang zum Hilfesystem, mehr Informationen über Unterstützungsmöglichkeiten und ganz konkrete Unterstützung, um sich im Dschungel komplizierter Anspruchsgrundlagen und Fördermöglichkeiten zurechtzufinden. Außerdem suchen sie nach Möglichkeiten, sich selbst emotional zu stärken, und nach Empowerment durch Verständnis und Solidarität.

Einige Fachkräfte äußerten zu Beginn die Befürchtung, Selbsthilfegruppen eingewanderter Eltern könnten ein Ausdruck von Abschottung gegenüber dem Hilfesystem sein und zu Parallelstrukturen führen. Der Austausch mit den Selbsthilfeorganisationen konnte dieses Vorurteil entkräften. Fachkräfte und Vertreter*innen der Selbsthilfe teilen die Ausrichtung auf die Inklusion von Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen. Die Selbsthilfeorganisationen verstehen sich als Brückenbauer*innen zwischen Familien mit Migrationshintergrund und dem Hilfesystem. Eine Brücke über Zugangsbarrieren hinweg zu bauen, beinhaltet aber viel mehr, als Familien mit Migrationshintergrund die Tür zu Diensten und Einrichtungen des Hilfesystems zu öffnen. Oder umgekehrt: dem Hilfesystem den Zugang zu einer bislang zu wenig vertretenen Personengruppe zu ermöglichen. Brückenbau bedeutet auch, zwischen den Bedürfnissen der Familien und den Angeboten und Arbeitsweisen der Elternverbände und Behindertenhilfe zu übersetzen und zu vermitteln. Wie andere Selbsthilfeorganisationen auch, betrachten sich TIM, UMUT, MINA und BeMig als Interessensvertreterinnen eingewanderter Menschen mit Behinderung und für deren Familien.

Weiterhin war für die Fachkräfte interessant zu erfahren: Es sind weniger die kulturellen Unterschiede in den Sichtweisen auf und im Umgang mit Behinderung, die eine Zugangsbarriere zum Hilfesystem für eingewanderte Eltern darstellen. Vielmehr sind es vor allem migrationspezifische Barrieren, die den Zugang erschweren. Dazu zählen sprachliche und bürokratische Hürden im Hilfesystem, ein unsicherer Rechtsstatus, Diskriminierung und Erfahrungen sozioökonomischer Deklassierung durch die Migration.



Bevor sie sich in den Selbsthilfegruppen von Migrant*innen engagierten, hatten manche der Vertreter*innen bereits unterschiedliche, teils ambivalente Erfahrungen mit Selbsthilfegruppen gemacht. Dort waren überwiegend Familien ohne Migrationshintergrund vertreten gewesen. Einige der Vertreter*innen hatten den Eindruck gehabt, dass ihnen die anderen Eltern weniger Respekt entgegenbrachten und sie sich für ihre Lebensweise hatten rechtfertigen müssen. Eine engagierte Mutter sagte: „In einer Selbsthilfegruppe sollte es um die Sache gehen und nicht darum, warum ich etwas wie zu Hause mache. Ich möchte mich zum Beispiel nicht dafür rechtfertigen oder neugierige Fragen beantworten müssen, warum ich ein Kopftuch trage. Sondern ich möchte mich mit anderen Eltern über das Leben mit einem Kind mit Behinderung austauschen.“

Andere berichteten, dass ihnen in deutschsprachigen Gruppen die emotionale Qualität und Vertrautheit gefehlt habe. Die Vertreter*innen der Selbsthilfegruppen hatten alle keine erkennbaren Schwierigkeiten, sich auf Deutsch auszudrücken. Dennoch fehlte manchen die Möglichkeit, bei emotional belasteten Themen in die Muttersprache wechseln zu können. In der Sprache sprechen zu können, in der man sich emotional am meisten zu Hause fühlt, schafft Vertrautheit und Intimität.

Wiederum andere fanden die Erfahrung mit deutschsprachigen Selbsthilfegruppen für sich persönlich zwar bereichernd und stärkend. Sie konnten sich dies allerdings für andere Betroffene aus ihrer Community nicht vorstellen. Das hätte weniger daran gelegen, dass diese nicht prinzipiell vom Konzept der Selbsthilfe profitieren würden. Aber die sprachlichen Hürden wären zu hoch, die sozialen und lebensweltlichen Unterschiede zu gravierend, die Befürchtung, Abwertung und Unverständnis zu erfahren oder aus einer Minderheitenposition unter Rechtfertigungsdruck zu geraten, zu groß.

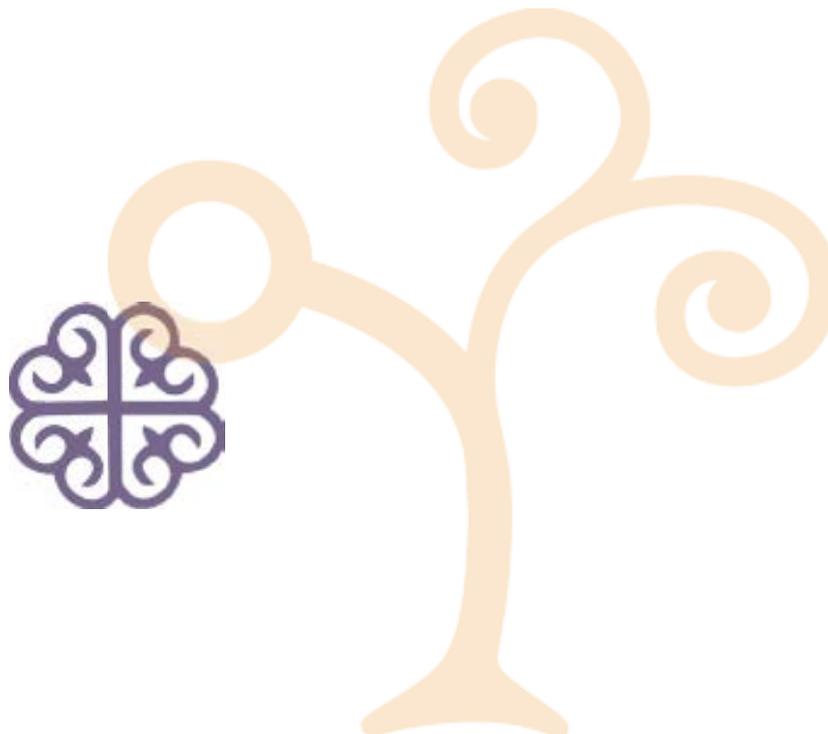
Selbstverständlich heißt das nicht, dass alle Eltern von Kindern mit Behinderung, die keine Migrationserfahrung haben, gleich sind in Bezug auf sprachliche Ausdrucksmöglichkeiten sowie soziale und lebensweltliche Merkmale. Aber der Selbsthilfegedanke des Hilfesystems für Menschen mit Behinderung ist eng verknüpft mit der Vorstellung, dass die Erfahrung, ein Kind mit Behinderung zu haben, so elementar ist, dass sie andere Differenzen überbrückt. Die Realität sieht anders aus. Wilfried Wagner-Stolp, früherer Leiter des Referats *Konzepte* bei der Bundesvereinigung Lebenshilfe merkt dazu kritisch an:

„Die Kraft zur Selbstorganisation ist kein sozial gleich verteiltes Gut – ein Sachverhalt, der vielerorts geflissentlich übersehen wird. Die Teilhabe an solidarischen Gemeinschaften ist keineswegs prinzipiell offen für alle Menschen dieser Gesellschaft. Die Teilhabe an Selbstorganisation folgt den Spuren einer ‚stillen Selektivität‘ sie verläuft entlang der Demarkationslinie sozialer Ungleichheit an Bildung, Einkommen und Macht.“ (Wagner-Stolp 2003: 6).

Eltern mit Migrationshintergrund spüren genau diese „Demarkationslinie“. Neben der sozialen Ungleichheit in Bezug auf Bildung, Einkommen und Macht kommt bei eingewanderten Eltern der Migrationskontext hinzu.

Aber auch für die Vertreter*innen der Selbsthilfe kam eine neue Perspektive hinzu. Aus ihrer Sicht erschien die Lebenshilfe als „riesiger Elefant“, denn sie ist eine der größten Selbsthilfevereinigungen für Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige sowie Trägerorganisation unzähliger Dienste und Einrichtungen der Behindertenhilfe. Im Vergleich dazu nahmen sich die Selbsthilfeorganisationen eingewanderter Eltern als „kleine Insekten“ wahr. Diese Wahrnehmung macht einmal mehr die Machtasymmetrie deutlich, die zwischen der etablierten Behindertenhilfe und den vergleichsweise schwachen und schlecht ausgestatteten Newcomern herrscht. Die Vertreter*innen der Selbsthilfe waren aber auch überrascht über die Bereitschaft zur Reflexion von Vorurteilen und zum Austausch auf „Augenhöhe“ von Seiten der Fachkräfte. Sie wiesen dennoch selbstbewusst darauf hin, dass dies das Machtungleichgewicht zwischen „Elefant“ und „Insekt“ nicht aufheben kann.

Soweit zu den Einsichten über gegenseitige Wahrnehmungen, die Fachkräfte der Behindertenhilfe und Vertreter*innen der Selbsthilfeorganisationen an diesem Tag über sich und die anderen gewannen. Sie bildeten den Ausgangspunkt für diese Broschüre.



Danksagung

Viele Menschen haben zur Entstehung dieser Broschüre beigetragen – wir bedanken uns herzlich bei:

Yıldız Akgün (MINA e. V. , Berlin), Halil Polat (UMUT e. V., Hannover), Annette Weigand-Woop (TIM e. V., Nürnberg), Ayşe Özdil (BeMig e. V., Dortmund), Ayşe Özbabacan (Abteilung Integration, Stadt Stuttgart), Sevgi Bozdağ (InterAktiv e. V., Berlin), Rubia Abu-Hashim und Jürgen Schwarz (Interkulturelle Beratungsstelle, Lebenshilfe Berlin), Pia Blättermann (Gemeinnützige Gesellschaft für Behindertenarbeit mbH, Langenhagen), Dr. Janette Brauer (Kita Regenbogen – Lebenshilfe Saalfeld-Rudolstadt e. V.), Jana Creutzburg, (Ambulante Familienhilfe, Lebenshilfe Frankfurt e. V.), Daniela Cullmann (Familienunterstützender Dienst, Lebenshilfe Main-Taunus e. V.), Karsten Dannenberg (Harz-Weser-Werkstätten, Lebenshilfe Osterode e. V.), Martina Ertel (Frühförderung, Lebenshilfe Gießen e. V.), Hubert Lorenz-Medick (Integrative Kindertagesstätte Ganzberg/Idstein), Gabriele Fuchs (Beratungsbüro, Lebenshilfe Rastatt-Murgtal e. V.), Jürgen Ganzmann und Irina Tartaskovskaja (WAB Kosbach), Rolf Jakob (Lebenshilfe Dillenburg e. V.), Petra Klawonn (Frühförderstelle, Lebenshilfe Remscheid e. V.), Nicole Knoppek (Beratungsstelle, Lebenshilfe Heilbronn-Franken e. V.), Gabi Kroth-Gawlista (Frühförderstelle Schwandorf, Lebenshilfe Amberg e. V.), Ingrid Mombartz (Frühförderung, Lebenshilfe Düsseldorf e. V.), Jürgen Ostermann (Geschäftsführer, Lebenshilfe Leverkusen e. V.), Hatice Öksüz und Stephan Firlus (Ambulant Betreutes Wohnen, Lebenshilfe Duisburg e.V.), Rumeysa Özalp (Beratungsstelle Migration und Behinderung, Lebenshilfe Bremen e. V.), Simone Papamichail (Wohnberatung, Hagsfelder Werkstätten und Wohnbereiche gGmbH, Karlsruhe), Antonie Platz (Geschäftsführung, Lebenshilfe Tübingen e. V.), Jutta Schulz (Lotse Berlin), Hildegard Waldinger (Bereich Bildung, Lebenshilfe Freising e. V.), Ulrike Stamm (Heilpädagogische Tagesstätte, Lebenshilfe Landsberg am Lech e. V.)

Und der Techniker Krankenkasse für die Förderung des Fachtags und dieser Broschüre.



Inhalt

Einleitung	6
Teil 1 Perspektive <i>Forschung</i>	15
Über die Stärkung des Empowerments an der Schnittstelle von Migration und Behinderung	
Donja Amirpur, Universität Paderborn	15
• Die Orientierungen im Hilfesystem	16
• Selbsthilfepotenzial	22
• Fazit	24
Teil 2 Perspektive <i>Methodisches Vorgehen</i>	27
„Du hörst nur mit dem Herzen gut!“ - Dialogische interkulturelle Kommunikation mit eingewanderten Familien in Diensten und Einrichtungen der Behindertenhilfe	
Sabine Kriechhammer-Yağmur, Paritätisches Bildungswerk Bundesverband	27
• Die Familien	27
• Zehn Thesen zum Thema Migration und zur Unterstützung von Familien mit Migrationshintergrund	28
• Das Modell der interkulturellen Kommunikation von Georg Auernheimer und dessen Anwendung	28
• Interkulturelle Kommunikation als Dialog auf Augenhöhe	33
• Einladung zum Dialog	35
Methoden, die eine vertrauensvolle Kommunikation fördern	37
• Bewusstes Sprechverhalten	37
• Arbeiten mit Sprachmittler*innen	38
• Wie man Sprachmittlung auch ohne Finanzierung ermöglichen kann	40
Teil 3 Perspektive <i>Praxis</i>	43
Selbsthilfegruppen eingewanderter Familien mit behinderten Angehörigen	43
• Der Türkisch-Deutsche Verein zur Integration behinderter Menschen“ (TIM) e. V., Nürnberg	43
• Verein zur Unterstützung behinderter Migranten – Umut e. V., Hannover	45
• Mina – Leben in Vielfalt e. V., Berlin	48
• InterAktiv e. V., Verein zur Förderung eines gleichberechtigten Lebens für Menschen mit Behinderung e. V. , Berlin	49
Das Mentorenprojekt <i>Migranteneltern helfen Migranteneltern</i>,	
Landeshauptstadt Stuttgart und Elternstiftung Baden-Württemberg	52
Das Tandem-Modell	
Lebenshilfe Tübingen e. V. – Arbeitsbereich <i>Migration und Behinderung</i>	54
Teil 4 Ein Fazit mit Handlungsempfehlungen	57
Anhang	64

Einleitung

Was Sie in dieser Broschüre erwartet

Was unterscheidet Selbsthilfeorganisationen von Eltern, die eingewandert sind und ein behindertes Kind haben, von Selbsthilfegruppen der Elternverbände? Wie können Fachkräfte der Behindertenhilfe das Selbsthilfepotenzial derjenigen Eltern stärken und weiterentwickeln, die einen Migrationshintergrund haben? Sind Kooperationen zwischen der Behindertenhilfe und den Selbsthilfeorganisationen dieser Eltern sinnvoll? Und wenn ja, wie könnten diese aussehen?

Das sind die Fragen, auf die wir mit dieser Broschüre erste Antworten liefern wollen. Die Broschüre richtet sich in erster Linie an Fachkräfte aus Diensten und Einrichtungen der Behindertenhilfe. Über Fachkräfte in Beratungs- und in Frühförderstellen, in Kitas und Schulen, in ambulanten Diensten oder Werkstätten für Menschen mit Behinderung kommen Eltern mit Migrationshintergrund, die Kinder mit Behinderung haben, häufig zum ersten Mal in Kontakt mit dem Hilfesystem. Die Kompetenz und die Haltung, mit der Fachkräfte Eltern begegnen, sind entscheidend dafür, ob Eltern Zugang zu Angeboten finden, die ihre Kinder optimal fördern und die sie selbst unterstützen. Sie sind bedeutsam dafür, ob Eltern sich im Hilfesystem als handlungsfähig und kompetent erleben.

Darüber hinaus ist die Broschüre für all jene gedacht, die sich für das Verhältnis zwischen den Diensten und Einrichtungen der Behindertenhilfe, der Selbsthilfe und den Eltern mit Migrationshintergrund interessieren. Und für jene, die sich fragen, wie man dieses Verhältnis konstruktiv weiterentwickeln kann. Auf diese Frage bietet die Broschüre erste Antworten aus drei unterschiedlichen Perspektiven: Der Perspektive der Forschung, des methodischen Vorgehens und der Praxis.

Der erste Beitrag kommt aus der Forschung. Donja Amirpur von der Universität Paderborn analysiert, warum Eltern mit Migrationshintergrund kaum von Selbsthilfe- und Empowerment-Angeboten des Hilfesystems profitieren. Dabei setzt sie sich kritisch mit einer in der Wissenschaft und Praxis verbreiteten Annahme auseinander: Die *kulturelle Fremdheit* der Eltern behindere deren Zugang zum Hilfesystem. Die kulturspezifischen Deutungen der Eltern von Behinderung, ihr Umgang mit dem behinderten Kind seien nicht mit den Vorstellungen der Behindertenhilfe vereinbar. Empowerment- und Selbsthilfeangebote, wie sie die Behindertenhilfe anbietet, seien ihnen fremd. Auf der Grundlage von Interviews mit Eltern türkischer und iranischer Herkunft kommt Donja Amirpur zu anderen Ergebnissen.

Im ersten Teil ihres Beitrags zeigt sie, dass die Eltern Unterstützung im Hilfesystem suchen. Dabei orientieren sie sich an ähnlichen Erwartungen wie Eltern ohne Migrationshintergrund, stoßen aber auf zusätzliche strukturelle Barrieren. Auch werden sie mit Ausgrenzungen und Diskriminierungen konfrontiert. Zudem zeigt sich: Der Rechtsstatus, eine prekäre wirtschaftliche Situation oder auf Bürokratie- und Fachsprache basierende Machtstrukturen behindern den Zugang.

In einem zweiten Schritt analysiert die Autorin das Potenzial zur Selbsthilfe, das sich aus den Ressourcen der Eltern und ihren sozialen Netzwerken ergeben könnte. Dabei kommt der *ethnischen Community* eine entscheidende Bedeutung zu. Donja Amirpur zeigt auf, wie dieses Potenzial durch das Hilfesystem weiter

ausgebaut und gefördert werden kann, damit für die Eltern mehr Handlungsfähigkeit entsteht.

Um ein methodisches Vorgehen kreist der zweite Beitrag. Er knüpft an die Ergebnisse von Donja Amirpurs Beitrag an. Sabine Kriechhammer-Yağmur, Referentin für Interkulturelle Bildung, zeigt Kommunikationsformen auf, mit denen Fachkräfte das Vertrauen von Eltern mit Migrationshintergrund gewinnen, sie zur Partizipation einladen und deren Selbsthilfekompetenz stärken können. Der Beitrag versucht, Antworten auf die Frage zu finden: Müssen Kommunikationsformen bei zugewanderten Familien anders sein als bei deutschstämmigen?

Die Autorin führt am Beispiel von zwei fiktiven Familien in das Modell der Interkulturellen Kommunikation von Georg Auernheimer ein. Auernheimer unterscheidet vier Dimensionen, die die interkulturelle Kommunikation bestimmen können: 1. *Machtasymmetrien*, 2. *Kollektiverfahrungen*, 3. *Fremdbilder* und 4. *die Differenz der Kulturmuster*. Die vierte Dimension nennt Auernheimer absichtlich erst an letzter Stelle. Er meint damit das, was meistens zuerst als Erklärungsmuster herangezogen wird, wenn man vermeintlich *fremdes* Verhalten analysieren möchte. Sabine Kriechhammer-Yağmur plädiert dafür, dass Fachkräfte die Frage nach kulturellen Differenzen im Hinblick auf weitere Unterschiede differenzieren sollten. Anstatt die Kommunikation mit eingewanderten Familien anhand von ethno-kulturellen Deutungs- und Bewältigungsmustern zu interpretieren, sollten sie die individuelle Kultur einer Familie in den Blick nehmen.

In einem zweiten Schritt verknüpft die Autorin Auernheimers Modell mit dem der dialogischen Elternbegleitung nach Johannes Schopp. Eine Reihe von Handlungsempfehlungen, die Fachkräfte konkret anwenden können, um die Kommunikation mit eingewanderten Eltern zu verbessern, runden den Beitrag ab.

Daran schließen sich einige Überlegungen und Anregungen zu *bewusstem Sprechverhalten* und zur *Arbeit mit Sprachmittler*innen* an. Beides kann Fachkräften bei der Gestaltung einer vertrauensvollen Beziehung helfen.



Im dritten Teil der Broschüre geht es in die Praxis. Wir stellen sechs erfolgreiche Beispiele für die Selbsthilfe von Eltern mit Migrationshintergrund vor. Sie zeigen, wie das Empowerment und das Selbsthilfe-Potenzial eingewanderter Familien in- und außerhalb der Strukturen der Behindertenhilfe gestärkt werden können. Zunächst porträtieren wir die Entwicklung und die Arbeit von vier Selbsthilfeorganisationen: TIM e. V. aus Nürnberg, UMUT e. V. aus Hannover sowie MINA e. V. und InterAktiv e. V., die beide in Berlin ansässig sind. Alle Organisationen waren von betroffenen Eltern zunächst als Selbsthilfegruppen gegründet worden. Dann entwickelten sie sich zu Anlauf- und Beratungsstellen für andere Familien mit Migrationshintergrund und behinderten Angehörigen. Zwei weitere Beispiele setzen auf Mentor*innen-Modelle, in denen Betroffene oder Menschen mit Migrationshintergrund als Brückenbauer*innen zwischen Familien und dem Hilfesystem wirken: *Migranteneltern helfen Migranteneltern* ist ein Modellprojekt der Abteilung Integration in Stuttgart in Kooperation mit der Elternstiftung Baden-Württemberg. Bei diesem Projekt werden Eltern mit Migrationshintergrund und Kindern mit Behinderung zu Mentor*innen für andere betroffene Eltern ausgebildet. *Migranteneltern helfen Migranteneltern* wurde mittlerweile erfolgreich in andere Kommunen Baden-Württembergs übertragen. Die Lebenshilfe Tübingen entwickelt seit 2007 Angebote, die das Empowerment und das Selbsthilfe-Potenzial eingewanderter Familien stärken. Herzstück ist ein Tandem-Modell, bei dem Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund betroffene Eltern in der Kommunikation mit dem Hilfesystem und bei Freizeitaktivitäten für die Angehörigen mit Behinderung unterstützen.

Im vierten und letzten Teil der Broschüre diskutieren wir die Antworten, die sich aus den drei Perspektiven für die Ausgangsfragen dieser Broschüre ergeben. Den Abschluss bildet eine Zusammenschau von Handlungsempfehlungen für die Praxis, die aus den drei vorhergehenden Teilen abgeleitet werden können.

Soweit zum Aufbau dieser Broschüre. Eine entscheidende Frage ist jedoch noch offen geblieben. Warum ist es überhaupt notwendig, eine Broschüre dem Thema *Selbsthilfe eingewanderter Familien mit behinderten Angehörigen* zu widmen? Für die Bundesvereinigung Lebenshilfe ist das Thema eng verknüpft mit der Notwendigkeit einer interkulturellen Öffnung der Behindertenhilfe. Zu diesem Thema erscheint im Februar 2016 eine Broschüre. Außerdem haben wir dazu bereits auf unserer Website *Migration und Behinderung* (siehe Anhang) Stellung bezogen. Daher werden wir diese Frage hier lediglich kurz und thesenartig behandeln.

Wir wünschen Ihnen eine gewinnbringende Lektüre und viel Erfolg für Ihre Arbeit mit Familien mit Migrationshintergrund und Angehörigen mit Behinderung.





Fachliche Grundlagen

1. Deutschland ist ein Einwanderungsland und wird es auch bleiben. Seit 2011 steigt die Zahl der Zuwanderungen kontinuierlich. 2015 erlebte Deutschland die höchste Zuwanderung von Flüchtlingen seit den 90er Jahren.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lebten 2014 rund 16 Millionen Menschen mit einem *Migrationshintergrund* in Deutschland. Das entspricht ungefähr 20 Prozent der Bevölkerung. Knapp die Hälfte dieser Personen (9,7 Millionen) hatte die deutsche Staatsangehörigkeit. Mehr als die Hälfte (10,5 Millionen) war selbst aus dem Ausland eingewandert und verfügte damit über eine eigene *Migrationserfahrung*.

Die Definition des Statistischen Bundesamtes für *Menschen mit Migrationshintergrund* umfasst all jene, die nach 1949 in Deutschland eingewandert sind, und alle in Deutschland geborenen Ausländer*innen. Auch Eingebürgerte gehören zu dieser Gruppe, und Deutsche, die mindestens ein Elternteil haben, das im Ausland geboren wurde (vgl. Statistisches Bundesamt 2015).

Unter den direkt Eingewanderten befinden sich zunehmend Flüchtlinge, die vor Krieg und Verfolgung nach Deutschland fliehen oder der wirtschaftlichen Misere im Heimatland entgehen wollen. Bis November 2015 stellten 425.035 Menschen einen Asylantrag. Im Vergleich zum Jahr 2014 (202.000 Personen) war dies ein Anstieg um 134 Prozent (BAMF 2015: 2). Bis Mitte Dezember 2015 hatten sich eine Million Menschen im Computer-Programm (EASY) zur *Erstverteilung von Asylbegehrenden* des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) registrieren lassen. Allerdings hat das Bundesministerium des Inneren diese Zahl nicht offiziell bestätigt: Es sei nicht auszuschließen, dass sich einige Flüchtlinge mehrfach haben registrieren lassen und dass andere bereits innerhalb des europäischen Schengenraumes weitergereist seien. Von der Zahl der Registrierungen kann man nicht auf die Zahl jener schließen, die tatsächlich einen Asylantrag stellen. Und nicht jeder Flüchtling,

der einen Antrag auf Asyl stellt, wird anerkannt. 2014 lag die Anerkennungsquote bei 45 Prozent (BAMF 2015: 2). Je nach Herkunftsland schwankte diese Zahl zwischen unter einem bis über neunzig Prozent.

2. Zu Menschen mit Migrationshintergrund, die mit einer Behinderung leben, gibt es keine genauen Zahlen.

Eine grobe Aussage ermöglichen die Ergebnisse des *Mikrozensus*, einer jährlichen repräsentativen Befragung ausgewählter Haushalte. Er erfasst die Merkmale *mit Migrationshintergrund* und *Behinderung*. 2014 gab es 864.000 Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung. Geht man davon aus, dass Behinderungen bei Menschen mit Migrationshintergrund ähnlich verteilt sind wie bei Menschen ohne Migrationshintergrund, müsste die Zahl allerdings bei zwei Millionen liegen (vgl. Wansing 2015: 4-9).

3. Ein Grund für die Diskrepanz zwischen den Zahlen sind Zugangsbarrieren zu Leistungen der Rehabilitation und Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund (vgl. Wansing 2015: 10-11). Dies bestätigen auch Rückmeldungen aus Selbsthilfeorganisationen betroffener Familien und aus der Praxis.

Mögliche Zugangsbarrieren zum Hilfesystem für Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung und ihre Familien sind:

- Sozialrechtliche Barrieren durch fehlende oder unklare Rechtsansprüche, vor allem für Asylsuchende und Menschen mit Duldung. Letzterer ist ein rechtlicher Status, der keinen Aufenthaltstitel begründet, aber die Abschiebung aussetzt.
- Sprachbarrieren: Es gibt kaum mehrsprachige, aber dafür zu viele Informationen in bürokratischer (Schrift-)Sprache, zu wenige Informationen in einfacher oder Leichter Sprache, und einen zu geringen Einsatz auditiver oder audiovisueller Medien.

- Ein fehlender Zugang zu Netzwerken, in denen Informationen über das Hilfesystem angeboten werden.
 - Zu wenig Personal im Hilfesystem, das Informationen sowohl sprachlich als auch kultursensibel übersetzt. Gemeint sind die Brückenbauer*innen, die als Sprach- und Kulturmittler*innen agieren können.
 - Mangelnde Kooperation der parallelen Unterstützungssysteme für Menschen mit Migrationshintergrund und für Menschen mit Behinderungen.
 - Diskriminierungserfahrungen, die zu Barrieren im Umgang mit Behörden und dem Hilfesystem führen (vgl. auch den Beitrag von Donja Amirpur).
4. Die These, die *kulturelle Fremdheit* der Familien behindere deren Zugang zum Hilfesystem, ist empirisch kaum belegt. Vielmehr geht es darum, das „Wechselspiel vielfältiger Person- und Kontextfaktoren, von Erfahrungen, Belastungs- und Kompetenzerleben, Identitäten und Zugehörigkeiten“ zu berücksichtigen. Denn „Menschen sind verschieden.“ (Wansing 2015: 14-15).
 5. Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung sind eine sehr heterogene, vielfältige Gruppe.



Sie unterscheiden sich in Bezug auf ihr Alter, ihr Geschlecht, die Art der Beeinträchtigung, ihre sexuelle Orientierung, das Herkunftsland, ihre ethnische Zugehörigkeit, ihre kulturellen Prägungen, ihre religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen, die Migrationsgründe und -erfahrungen, ihren rechtlichen Status in Deutschland, ihre ökonomische Situation, ihren Bildungsstand, ihre familiäre Situation, die sozialen Netzwerke hier und im Herkunftsland. Diese Liste ließe sich noch weiter fortführen. All diese Merkmale von Vielfalt können Einfluss darauf haben, wie Menschen mit Behinderung und deren Angehörige die Behinderung deuten, mit ihr leben und welche Ressourcen sie mobilisieren.

6. Unbestritten ist aber auch: Unterschiedliche Merkmale von Vielfalt werden gesellschaftlich unterschiedlich bewertet. Und die Unterschiede in der Bewertung führen zu strukturellen Ungleichheiten. Werden Menschen zwei Merkmale zugeschrieben, die mit strukturellen Benachteiligungen verbunden sind, dann laufen sie Gefahr, in mehrfacher Hinsicht diskriminiert zu werden. Ein Blick in die Statistiken zeigt: Menschen mit dem Merkmal *Migrationshintergrund* sind im Vergleich zu jenen, auf die dieses Merkmal nicht zutrifft, häufiger von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Sie erreichen schlechtere Bildungsabschlüsse, sterben früher, ihre Kindern besuchen häufiger Förderschulen und weniger häufig eine Kita, ihr Gesundheitszustand ist schlechter und die Lebenserwartung geringer. Dies sind alles Hinweise auf die strukturelle Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2014). Die Statistiken zu Menschen mit Behinderung und ihren Familien zeichnen ein ähnliches Bild. Für Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung steigt also das Risiko von Ausgrenzung. Kommen weitere Merkmale wie zum Beispiel ein unsicherer aufenthaltsrechtlicher und ein niedriger sozioökonomischer Status hinzu, dann kann dies zu einer sehr prekären Lebenslage führen. Die o. g. Zugangsbarrieren im Hilfesystem verschärfen die Situation zusätzlich (vgl. den Beitrag von Donja Amirpur).
7. Die Fachverbände für Menschen mit Behinderung und die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege haben 2012 auf die zunehmende, migrationsbedingte Heterogenität der Menschen mit Behinderung in Deutschland reagiert und eine gemeinsame Erklärung zur interkulturellen Öffnung herausgegeben. Sie haben sich darin verpflichtet „die Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit das Thema ‚Migration und Behinderung‘ die ihm angemessene Bedeutung erhält, und Strukturen (zu) schaffen, die die Zusammenarbeit und Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund und ihren Organisationen ermöglichen.“ (vgl. Fachverbände/ BAGFW 2012: 1).
8. In der Lebenshilfe sind seitdem viele Entwicklungen angestoßen worden: Der Bundesverband hat das von der Aktion Mensch geförderte Projekt *Aufbau einer bundesweit tätigen Beratungs- und Koordinierungsstelle zum Thema Behinderung und Migration* durchgeführt. In den Mitgliedseinrichtungen der Lebenshilfe haben wir systematisch bereits bestehende Modellprojekte guter Praxis gesammelt, neue angeregt und begleitet. Um die interkulturelle Ausrichtung von Diensten und Einrichtungen zu unterstützen, wurde eine Website zum Arbeitsfeld *Migration und Behinderung* entwickelt, die Informationen und Arbeitshilfen für Fachkräfte bietet. Außerdem haben wir Leitlinien für die interkulturelle Öffnung und kultursensible Arbeit in den Diensten und Einrichtungen der Lebenshilfe entwickelt. Diese sind Thema der Broschüre *Interkulturelle Öffnung und Kultursensible Arbeit in der Behindertenhilfe – ein Leitfaden für die Praxis*. Sie wird im Februar 2016 erscheinen. Auch die vorliegende Praxishilfe ist ein Teil dieser Entwicklung.
9. Interkulturelle Öffnung bedeutet, Zugangs- und Teilhabebarrieren für Menschen mit Migrationshintergrund systematisch abzubauen und entsprechende Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote zu entwickeln. In den Diensten und Einrichtungen der Behindertenhilfe ist dazu eine umfassende Organisationsentwicklung nötig. Das betrifft die Kompetenzen von Leitung und Fachkräften ebenso wie die drei Ebenen Struktur, Arbeitsweise und Einrichtungskultur. Alle Bereiche

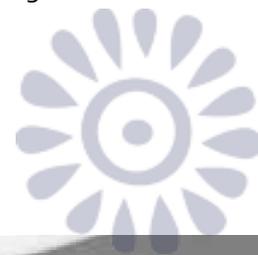
müssen an das gemeinsame Ziel der Öffnung angepasst werden (vgl. Website *Migration und Behinderung* der BVLH).

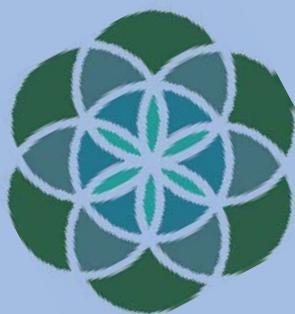
10. Angebote zum Empowerment und zur Selbsthilfe sowie Kooperationen mit bereits bestehenden Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Migrationshintergrund sind in zweifacher Hinsicht zentrale Elemente eines Prozesses interkultureller Öffnung. Zum einen hat sich der Empowerment-Ansatz zu einem wichtigen Konzept in der Behindertenhilfe entwickelt, das die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung und ihren Familien aktiv fördert. Auch Elternselbsthilfe ist heute eine tragende Säule des Hilfesystems, selbst bei den Trägerorganisationen, die sich im Gegensatz zur Lebenshilfe nicht als Selbsthilfeverband verstehen. Orientiert man sich am Ziel einer interkulturellen Öffnung kann die Anpassung von Selbsthilfestrukturen nicht außen vor bleiben. Zum anderen können bereits bestehende Selbsthilfeorganisationen eingewanderter Eltern wichtige Partnerinnen der Behindertenhilfe auf dem Weg der interkulturellen Öffnung sein. Wie in den folgenden Teilen der Broschüre zu sehen ist, sind sie Mittler*innen zwischen dem Hilfesystem und den betroffenen Familien. Eltern können das Hilfesystem dabei unterstützen, Angebote zu entwickeln, die den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund auch wirklich entsprechen.

Zum Problem der Bezeichnungen

Der Begriff *Menschen mit Migrationshintergrund* ist eine durch die Statistik geprägte und definierte Kategorie. *Flüchtling* ist ein rechtlicher Begriff. Beide Begriffe werden aber auch umgangssprachlich verwendet. Das Wort Einwanderung (und davon abgeleitet *eingewandert*) beschreibt die Bewegung von Menschen über internationale Grenzen von einem Nationalstaat in einen anderen.

Immer wenn man ein Merkmal von Menschen durch explizite Benennung in den Vordergrund stellt, besteht die Gefahr von diskriminierenden Zuschreibungen, Verkürzungen und Ungenauigkeiten. Um strukturelle Ungleichheiten in den Blick zu bekommen, ist die Verwendung dieser Begriffe aber notwendig. Wird hier von Familien oder Eltern mit Migrationshintergrund gesprochen, umfasst dies auch Flüchtlinge, unabhängig davon, ob sie bereits das Asylverfahren durchlaufen und einen Schutzstatus erhalten haben. Erst dann werden sie in die Statistik zu Menschen mit Migrationshintergrund aufgenommen. Außerdem verwenden wir Begriffe wie Familien mit Migrationshintergrund und Einwander*innen im Text synonym, auch wenn dies nicht den exakten Definitionen entsprechen mag. Wir folgen damit einer umgangssprachlichen Bedeutung und Verwendung.





Teil 1 Perspektive *Forschung*

Über die Stärkung des Empowerments an der Schnittstelle von Migration und Behinderung

Donja Amirpur, Bildungswissenschaftlerin, Universität Paderborn

Fremd, anders, sich selbst benachteiligend – in der Fachliteratur scheint Konsens über Eltern behinderter Kinder zu herrschen, die einen Migrationshintergrund haben (z. B. van Dillen 2008). Wissenschaftler*innen sprechen von *kultureller Fremdheit*. Diese behindere den Zugang eingewanderter Eltern zum Hilfesystem. Ähnlich die Meinungen in den Diensten und Einrichtungen der Behindertenhilfe: Untersuchungen zeigen, dass auch Fachkräfte die Barrieren in den Familien verorten. Eine andere kulturspezifische Deutung von Behinderung, ein anderer Umgang mit dem behinderten Kind – das entspreche nicht der Vorstellung der Behindertenhilfe. Auch das Empowerment sei ein anderes. Stimmen diese Annahmen? Die hier vorgestellte Studie brachte andere Erkenntnisse hervor.

Warum kommen Familien mit einer Migrationsgeschichte kaum im Hilfesystem an? (vgl. Landesregierung NRW 2012) Um dies zu erklären, muss die komplexe Lebenslage der Familien berücksichtigt werden. Nur so können verkürzte Schlussfolgerungen vermieden werden.

Ein unsicherer Rechtsstatus, Sprachbarrieren, die Jobsituation – all das beeinflusst das Leben vieler eingewanderter Familien mit behinderten Kindern

maßgeblich. In meinen Forschungen zeigte sich aber auch: Gerade in dieser prekären Situation, die Eltern und Kinder gleichermaßen belastet, brauchen sie Empowerment-Strategien, um ihre Interessen selbstbestimmt vertreten zu können. Welche das sein können, zeigen einige Beispiele in diesem Beitrag.

Im ersten Teil lege ich dar, dass Eltern durchaus Unterstützung im Hilfesystem suchen. Und ich zeige, woran sie sich bei ihrer Suche orientieren. Diesem Beitrag liegen Interviews zugrunde. Sie machen soziale Strukturen in der *ethnischen Community* sichtbar, die Eltern in ihrem Streben nach Autonomie unterstützen könnten. Im zweiten Teil stelle ich diese Strukturen vor. Zudem analysiere ich deren Selbsthilfepotenzial. Würden diese Potenziale durch das Hilfesystem weiter ausgebaut, gefördert und gestützt, könnte dadurch für die Eltern ein Mehr an Autonomie und Handlungsfähigkeit entstehen.

Meiner Argumentation liegt eine qualitative Studie zugrunde, die ich an der Universität Bremen in der AG Interkulturelle Bildung durchführte. Dabei befragte ich zwölf Familien türkischer und iranischer Herkunft. Alle Familien haben ein behindertes Kind. Die biografischen Interviews befassten sich mit den Lebenserfahrungen der Familien.



Die Untersuchungsmethoden

Für die Forschung waren zwei methodische Vorgehensweisen entscheidend: Die Biografieforschung und die Mehrebenenanalyse.

Mit der qualitativen Methode der Biografieforschung werden die subjektiven Lebensgeschichten analysiert. Die Forscher*innen gehen davon aus, dass im konkreten individuellen Fall Allgemeingültiges verborgen liegt (Alheit 1992, 20):
Wie handeln Menschen unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen? Wie verarbeiten sie diese? Welche Handlungsmöglichkeiten haben Familien in ihren jeweiligen Lebenslagen? Bezogen auf das Beitragsthema heißt das: Mit welchen sozialen Strukturen (bspw. gesetzlichen Regelungen) sind Gesprächspartner*innen im Kontext von Migration und Behinderung konfrontiert? Wie positionieren sich Gesprächspartner*innen? Welche Normen und Werte leiten ihr Handeln? Und wie steht all dies in Wechselwirkung zueinander?

Mit Hilfe einer solchen Mehrebenenanalyse (vgl. Winker/Degele 2009) kann die Komplexität von Migrationsprozessen gerade in Bezug auf Behinderung verdeutlicht werden. Es ist kaum hilfreich, die Einstellungen und das Handeln einer Familie isoliert von den strukturellen Bedingungen zu betrachten, mit denen deren Mitglieder konfrontiert sind. Schließlich können Strukturen auch einen begrenzenden Rahmen schaffen. Denn sie beeinflussen Einstellungen und schränken die Handlungsmöglichkeiten von Familien ein.

Nach der Mehrebenenanalyse des Interviewmaterials wird deutlich: Die Familien bemühen sich um adäquate Angebote und eine Unterstützung durch das Hilfesystem. Doch auf ihrer Suche nach Angeboten stoßen sie immer wieder auf strukturell bedingte Barrieren. Auch werden sie mit Ausgrenzungen und Diskriminierungen konfrontiert. Eine Inanspruchnahme von Unterstützung gelingt nur in seltenen Fällen, und dann unter großer Anstrengung. Zudem zeigt sich: der Rechtsstatus oder die auf Bürokratie- und Fachsprache basierenden Machtstrukturen im Hilfesystem beeinflussen die Lebenssituation der Familien maßgeblich.

Die Orientierungen im Hilfesystem

In den Interviews lassen sich drei zentrale Orientierungen bzw. Suchen der Eltern im Hilfesystem erkennen (vgl. Amirpur 2016): die Suchen nach sozialer Absicherung, nach Handlungsbefähigung für die Kinder und nach sozialer Entlastung. Diese werden im Folgenden vorgestellt.

Orientierung *Suche nach sozialer Absicherung*

Viele Migrant*innen sind mit einem Verlust unterschiedlichster Ressourcen konfrontiert. Durch eine schwierige sozioökonomische Situation sind die Familien im Sozialgefüge heruntergestuft und stehen finanziell oder aus aufenthaltsrechtlichen Gründen unter Druck. Für viele ist es schwer, an ihre Berufstätigkeit anzuknüpfen, die sie im Herkunftsland erfolgreich ausgeübt haben. Häufig werden ihre Qualifikationen und Abschlüsse nicht anerkannt. Obwohl die Politik dieses Problem mittlerweile als sogenannte *Integrationsbarriere* erkannt hat, fehlen ausreichende Möglichkeiten der Nachqualifizierung bzw. Anerkennung. Die Interviews aus meiner Studie zeigen: Insbesondere Familien mit behinderten Kindern geraten in dieser Situation in Bedrängnis.

Sorge um finanzielle Absicherung

Die Eltern versuchten unter schwierigen Bedingungen, Geld zur Seite zu legen. Sie waren in Sorge, dass ihr Kind finanziell nicht abgesichert sein könnte, stieße ihnen etwas zu. Diese Sorge illustriert der folgende Interview-Auszug:

„[türk.] Wir sparen zwar Geld für die Zukunft. Für den Fall, dass das Kind mal völlig Hilfe braucht, dass, wenn wir mal nicht mehr da sind, wir sterben oder nicht mehr können, dafür haben wir etwas Geld gespart“ (8, 124 M).

Gerade für Eltern, die sich in einer wenig privilegierten Lage befinden, sind Zukunftsängste ein zentrales Thema. In dieser Situation werden Bemühungen um finanzielle Hilfen für viele Familien zu einem Existenzkampf.

Unterwegs im Förderdschungel

Die Betroffenen empfanden die Situation häufig als unlösbares Dilemma. Viele waren zu wenig über Möglichkeiten der Teilhabe für Menschen mit Behinderung informiert. Und selbst diejenigen, die diese Möglichkeiten kannten, verzweifelten an dem bürokratischen Aufwand, der mit der Beantragung und Durchsetzung der Ansprüche verbunden ist. Ebenso wie viele Eltern ohne Migrationshintergrund wurden auch sie im *Förderdschungel* von einer Stelle zur nächsten geschickt. Vom Sozialamt zum Jugendamt, vom Arbeitsamt zum Jobcenter und von dort zur Ausländerbehörde.

Sprachbarrieren im Alltag

Selbst wenn die Eltern die deutsche Sprache alltagstauglich beherrschten, stießen sie oft an Sprachhürden, die die Bürokratie aufbaut. Die Familien konnten ihre Anliegen oft nicht differenziert genug vortragen. Ihren Unterstützungsbedarf konnten sie nicht in der Form mitteilen, die die Institutionen vorgeben. Für Menschen mit geringen oder keinen Deutschkenntnissen ist es ohne Unterstützer*innen, die ihnen als Sprachmittler*innen und Lots*innen durch das Hilfesystem zur Seite stehen, kaum möglich, Ansprüche geltend zu machen.

Akte der Feindseligkeit

Mehrere Befragte erzählten von Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen mit Behörden und Bildungseinrichtungen. So berichtete eine Mutter von einem Erlebnis in der Ausländerbehörde:

„[türk.] Wenn ich die darum bitte, auch Ärzte, bitte reden sie langsam, dann machen sie das auch. Aber die Ausländerbehörde, da wird man so von oben herab behandelt, und als ich denen gesagt habe, ich möchte die deutsche Staatsbürgerschaft haben, da haben sie mir von Anfang an gesagt: ‚Machen sie sich





keine Mühe. Sie brauchen gar nicht zu kommen, das führt zu gar nichts.' Und haben die Tür zu gemacht. Dann habe ich gesagt, dass ich mir einen Anwalt nehme. Sie sagten, ich hätte keine Chance: ‚Werfen sie ihr Geld nicht zum Fenster raus.' [...] Sogar den Dolmetscher haben sie aus dem Zimmer geschickt. Sie sagten: ‚Sie wenden sich an eine deutsche Behörde. Dann müssen sich auch Deutsch reden.‘“ (3, 267 M).

Dabei handelt es sich um „mehr oder minder offensichtliche Akte der Feindseligkeit“ (Mecheril 1997, 180). Diese Feindseligkeiten würden als „alltäglich und allgegenwärtig“ und „als faktische oder befürchtete Attacke, als faktische oder befürchtete Herabwürdigung, als Angriff gegen nahestehende Personen und als Angriff gegen die eigene Person“ erlebt (ebd., 180 f.).

Diese Akte der Feindseligkeit führten irgendwann dazu, dass sich die Eltern gedemütigt und isoliert fühlten. Ihre Handlungsmöglichkeiten, ihr Wunsch, ihre Kinder sozial abzusichern, wurden dadurch geschwächt. Es entstand ein Gefühl von Ohnmacht und Resignation. So erklärte ein Vater:

„[türk.] Bei mir werden immer nur die Türen zu geschlagen, und ich weiß gar nicht, was ich machen soll. Sie sagen, es geht nicht. Und das muss ich einfach hinnehmen“ (8, 196 V).

Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen machten insbesondere die Eltern, die sich nicht differenziert erklären konnten, deren Kinder keine offensichtliche Behinderung haben. Besonders betroffen waren muslimische Frauen, die ihre Religiosität durch ihre Kleidung offenlegen, und alleinerziehende Mütter. Zwar wurden in den Interviews nur an wenigen Stellen Geschlechterverhältnisse explizit thematisiert. Dennoch zeigen die Befragungen alleinerziehender Mütter deutlich, unter welcher Belastung gerade sie stehen: ihre Kinder zu versorgen, ihr Leben abzusichern und die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Existenz in Deutschland zu schaffen.

Dem Bedürfnis nach sozialer Absicherung, das die Eltern in ihrer prekären Situation verspürten, wehte also ein starker Wind entgegen. Die Strukturen des Hilfesystems erfordern souveränes Handeln und bieten – Widerstände. Ämter, Behörden und

Fördereinrichtungen setzten den Familien nicht nur Bürokratie entgegen, sondern reagierten zum Teil verdeckt, aber auch offen diskriminierend. Trotzdem kämpften die Eltern ausdauernd und engagiert für das Wohl ihres Kindes, wie dieser Beitrag später zeigen wird. Für das Hilfesystem folgt daraus, dass eingewanderte Eltern neben sachgerechten Informationen Begleitung brauchen, um sich im Hilfesystem zu behaupten.

Orientierung Suche nach Handlungsbefähigung für die Kinder

In den Gesprächen mit den Eltern zeigte sich, dass sie hohe Erwartungen an die Bildung ihrer Kinder haben. Sie betrachten Bildung als Schlüssel zu einem guten Leben. Daher suchten sie im Hilfesystem nach adäquaten Fördermöglichkeiten. Denn sie wünschen sich, dass ihre Kinder selbstständig und handlungsfähig sind. Beides hängt eng mit den zuvor geschilderten Schwierigkeiten bei der Inanspruchnahme von Hilfen zusammen. Das Streben nach einem höheren Maß an Selbstständigkeit soll



die Söhne und Töchter vom Hilfesystem unabhängig machen. Denn auf dieses können sie sich aus Sicht der Eltern nicht verlassen. Doch viele der Eltern werden immer wieder mit Machtasymmetrien konfrontiert. Diese behindern sie auf ihrer Suche nach Handlungsbefähigung. Zudem tragen sie zur strukturellen Benachteiligung der Kinder bei. Und sie stellen Barrieren für deren gesellschaftliche Partizipation dar. Das Projekt *Migration* wird dann als gescheitert erlebt:

„[pers.] Ich habe ein regelrecht schlechtes Gewissen, dass wir überhaupt hier hergekommen sind. Dort hatte ich jede Möglichkeit. Habe jede Möglichkeit wahrgenommen, jeden Lehrer, um den Kindern etwas beizubringen. Und hatte ihnen auch etwas beigebracht. Schon im kleinen Alter wusste er [der Sohn] zum Beispiel, was man mit einer Kuh macht, was man mit ihrem Fell macht, was man mit der Milch macht. Und dann komme ich hierher, und hier darf er nicht mal Schreiben und Rechnen lernen. Hier bin ich hilflos. Ich wusste nicht, wie ich dem Kind helfen kann“ (4, 353 M).

Odysseen voller Hoffen und Bangen

Die Interviewanalysen zeigen, dass die meisten Eltern insbesondere nach der Geburt der Kinder keinen Zugang zum Hilfesystem fanden. Aber gerade in dieser Zeit sind Eltern auf Informationen angewiesen. Jedoch erhalten sie diese selten.

Eltern, die erst nach Jahren eine Diagnose über die Behinderung ihres Kindes erhielten, empfanden die Zeit der Unwissenheit als starke Belastung. Sie sorgten sich, wertvolle Zeit zu vergeuden, in der eine Förderung ihres Kindes längst hätte stattfinden können. Daher begaben sie sich auf eine Odyssee, die von Hoffen und Bangen gekennzeichnet war. Wurde die Beeinträchtigung des Kindes nicht unmittelbar nach der Geburt festgestellt, verfielen die Eltern in eine hektische Umtriebigkeit – sie wollten Sicherheit. Neue Kontakte, die die Eltern auftraten, ließen sie erneut hoffen, endlich die richtigen Ansprechpartner*innen gefunden zu haben. Einige Eltern empfanden den Kontakt zum Hilfesystem belastend. Insbesondere die Bildungsinstitutionen griffen ihrer Meinung nach zu plötzlich in ihr Leben ein. Oftmals hätten diese begonnen, ihre Kinder von Gleichaltrigen zu trennen und an Sondereinrichtungen zu verweisen. Die Eltern erlebten dies als diskriminierende Praxis.

Hilfe nur bei perfekten Deutschkenntnissen?

Solche Erfahrungen teilen sie mit Eltern ohne Migrationsgeschichte. Aber es sind insbesondere strukturelle, migrationsspezifische Barrieren, die die Informationssuche erschweren. Bei den folgenden Beispielen deutet sich an, dass es einen Zusammenhang zwischen der Qualität der Sprachkenntnisse und der Hilfsbereitschaft von Fachkräften des Hilfesystems gibt. Eltern, die weniger gut Deutsch sprechen, beklagten sich: Sie wären nicht systematisch informiert worden. Fehlen Fachkräften Methoden und Strategien, Eltern mit schlechten Deutschkenntnissen angemessen zu beraten? Sinkt dadurch ihre Bereitschaft, sich für Eltern mit geringen Sprachkenntnissen einzusetzen? Oder anders formuliert: Gehen Fachkräfte davon aus, dass Eltern bereits gut Deutsch sprechen müssen, um informiert zu werden und um Ansprüche geltend machen zu können? Drei Mütter, die über differenzierte Deutschkenntnisse verfügen, berichteten von Fachkräften, die sie zu Behörden und Institutionen begleiteten und die sie sehr schätzten. Bei der einen handelte es sich um die Autismus-Beauftragte der Stadt, die andere Mutter hatte gute Kontakte zur Behindertenbeauftragten, und die dritte Mutter wurde durch eine engagierte Erzieherin unterstützt. Sie erlebten sich ab diesem Zeitpunkt als erfolgreich im Hilfesystem.

Machtasymmetrien zwischen Eltern und Fachkräften

Beratungssituationen oder andere Interaktionen mit dem Hilfesystem sind aufgrund von Sprachbarrieren oder eines ungleichen Sozial- oder Rechtsstatus zwischen Beratenden und Ratsuchenden häufig durch Machtasymmetrien gekennzeichnet. Viele Eltern fühlten sich in der Kommunikation mit Institutionen nicht ernst genommen und respektiert. Schwerwiegende Entscheidungen wurden über ihren Kopf hinweg getroffen. Gehört zu werden oder nicht, sich durchsetzen zu können oder nicht, hängt von der sozialen Position ab. Die Unrechts- und Diskriminierungserfahrungen, die Eltern auf der *Suche nach sozialer Absicherung* in Behörden machten, können auf ihrer *Suche nach Handlungsbefähigung* zu Misstrauen gegenüber Behörden und Bildungsinstitutionen führen. Die Familien fordern Angebote der Behindertenhilfe nicht mehr ein und vermeiden den weiteren Kontakt. Die fehlende Beratung bemängelten einige der

befragten Familien. Sie wären allein gewesen. Es hätte „kein Konzept“ für ihre Kinder gegeben. Und sie hätten in vielen Fällen ein Gefühl von „Sicherheit“ und eine Verbindung zu den pädagogischen Fachkräften vermisst.

Die Sicherheit im Umgang mit Institutionen, die (Be-)Achtung ihres Wissens und ihrer Wünsche, die Möglichkeit, sich durchzusetzen und machtvollen Auseinandersetzungen im Kontakt mit Bildungsinstitutionen Stand zu halten – das war vielen Müttern und Vätern nicht gegeben, insbesondere dann nicht, wenn sie einen niedrigeren sozialen Status in Verbindung mit geringen Deutschkenntnissen hatten. Auch ein höherer Bildungshintergrund konnte hier nur begrenzt ausgleichen. Der Bildungshintergrund führte eher dazu, dass die Eltern ihre eigenen Ressourcen nutzten. Sie glichen die Mängel nach Schulschluss aus, in dem sie in die Lehrerinnenrolle (es sind ausschließlich Mütter) schlüpfen.

Je nach ihren eigenen Ressourcen versuchten die Mütter, die Mängel durch eigene Maßnahmen bzw. spezifische Verhaltensweisen auszugleichen. In der Regel trauten sie sich aber nicht, offensiv Hilfe von den Institutionen einzufordern. Eine Mutter mit einem Sohn, der Autismus hat, erklärte: „Und ich muss tatsächlich immer wirklich wissen, was in der Schule los ist ... Und ich kann nicht so einfach so alles so laufen lassen“ (2, 156 M). Sie kontrollierte die Fortschritte des Sohnes, ob er die Lernziele in der Schule würde einhalten können. Sie bemängelte, dass ihre Hinweise über seine Schwierigkeiten, dem Unterricht zu folgen, in der Schule nicht ernst genommen würden: „Ich habe festgestellt, da kannst du nicht mehr weiter diskutieren“ (2, 440 M). Diese Mängel versuchte sie zuhause auszugleichen. „Ich kann dem Lehrer ja nicht sagen, [dass sie unzufrieden ist] ... ich mache mich nur unbeliebt“ (2, 199 M). Sie befand sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Schule, denn es beunruhigte sie, wenn es mit der Zusammenarbeit nicht klappte: „Ich brauche immer Zusammenarbeit“ (2, 428 M). So blieb sie unauffällig und beschwerte sich nicht, um die Lehrkräfte nicht gegen sich aufzubringen und um die Zusammenarbeit und den Informationsfluss nicht zu gefährden. Stattdessen lernte sie mit ihrem Sohn, las mit ihm Romane, „trainierte“ ihn, weil er, so ihre Begründung, sehr viel davon profitieren könnte (2, 210 M).

Zugang zu inklusiver Bildung

In den Gesprächen mit den Eltern zeigte sich, dass sie hohe Erwartungen an die Bildung ihrer Kinder haben. Und das unabhängig vom eigenen Bildungshintergrund. Dabei fordern sie einen Zugang zu inklusiver Bildung anstelle von besonderen Strukturen. Fast einheitlich stehen sie der Struktur des Förderschulsystems kritisch gegenüber. Über die inhaltliche Arbeit der Förderschulen äußerten sich einige Eltern durchaus positiv. Zufrieden machte es sie, wenn die Schule sie ausreichend informierte; wenn die Fachkräfte sie als Expert*innen für ihre Kinder anerkannten; wenn sie am Schulleben teilnehmen durften und ihre Kinder gerecht und respektvoll behandelt wurden.

Besonders diejenigen Eltern sorgten sich, Wege für die Förderung der Kinder nicht in Betracht zu ziehen oder zu übersehen, deren Kinder für die Ausgestaltung partizipativer Prozesse eine größere Unterstützung benötigten.

Bildung ist der Schlüssel für ein gutes Leben – diese Überzeugung eint Eltern behinderter und nicht behinderter Kinder, egal welcher Herkunft sie sind. Eltern behinderter Kinder, die sich migrationsbedingt

im deutschen Hilfesystem wenig auskennen, fechten jedoch besonders schwere Kämpfe aus. Die angesprochenen Machtasymmetrien behindern und schaffen Parallelwelten, in denen Mütter ihre Kinder unterrichten. Und in denen die *ethnische Community* Aufgaben übernimmt, die das Hilfesystem erfüllen sollte. Dazu später mehr in diesem Beitrag.

Orientierung Suche nach Entlastung

Wenn es um die Förderung ihrer Kinder geht, zeigten die Familien, vor allem die Mütter, Durchhaltevermögen. Und das trotz sprachlicher und bürokratischer Barrieren und des Gefühls der Machtlosigkeit. Deutlich seltener sprachen die Eltern bzw. Mütter von dem Wunsch nach Entlastung. Dennoch gab es einige, die in ihrer Rolle als Betreuerin entlastet werden wollten. Es waren insbesondere die Familien, die nicht oder nur eingeschränkt auf ein unterstützendes soziales Netzwerk zurückgreifen konnten. Und die auf der Suche nach sozialer Absicherung nur bedingt erfolgreich waren. Sie waren sozialen Benachteiligungen ausgesetzt.





Charakteristisch waren für diese Familien vor allem traumatische Erfahrungen, die sie im Zusammenhang mit der Behinderung des Kindes gemacht hatten. Entweder entstanden diese Traumata durch die Schwere der Behinderung bzw. Krankheit oder durch die daraus resultierenden Kämpfe mit dem Hilfesystem. In den meisten Fällen trafen beide Faktoren aufeinander: die fehlende soziale Absicherung und die traumatischen Erfahrungen. Insbesondere die Mütter und Eltern, die ihre Kinder über längere Zeit im Krankenhaus begleiten mussten und bei denen das Überleben der Kinder am seidenen Faden hing und hängt, wünschten sich Hilfe. Sei es eine psychosoziale Begleitung, eine psychologische Betreuung oder eine Entlastung im Alltag bei der Versorgung ihrer Kinder im Rahmen eines familienunterstützenden Dienstes.

Die Vorstellungen von Entlastung in den Familien waren sehr unterschiedlich. So wünschte sich eine Mutter die Unterstützung der eigenen Familie. Bislang keinerlei Unterstützung erhaltend, entzog es sich ihrer Vorstellungskraft, sich Hilfe durch Institutionen zu holen. Andere hingegen gaben an, eine Entlastung im Rahmen des FUD zu benötigen.

Im Spannungsfeld zwischen eigenen Erwartungen, den Bedürfnissen des Kindes und den Angeboten des Hilfesystems wünschten sich manche Eltern Entlastung – für sich selbst oder bei der Betreuung des Kindes. Wie dieser Beitrag zeigt, erhielten sie nur unter schwierigen Bedingungen Unterstützung durch das Hilfesystem. In dieser Situation kann die *ethnische Community* zu einer Ressource für Unterstützung werden.

Selbsthilfepotenzial

Die *ethnische Community*

In den oftmals prekären Lebenssituationen der Familien kommt der *ethnischen Community* eine entscheidende Rolle zu. Die Familie, der Freundeskreis oder Migrantenselbstorganisationen bieten Hilfe, Unterstützung und geben wertvolle Hinweise. Menschen, die zur *Community* gerechnet werden, genießen einen Vertrauensvorschuss. Auf der Suche nach finanzieller Hilfe sind es oft sie, die Informationen

vermitteln und den Eltern eine Stütze sind: „Hier kann man Rat suchen und finden; hier kann man sich verständigen ohne lange Erklärungen [...] findet man ein Klima der Vertrautheit und selbstverständlichen Nähe. Zum Beispiel bei Diskriminierungserfahrungen [...]“ (Beck-Gernsheim 2004, 98). Das führt dazu, dass vor allem die Strukturen der *ethnischen Community* genutzt werden. Es geht den meisten der interviewten Familien dabei weniger um das *Türkischsein* oder *Iranischsein* als kulturelle Gemeinsamkeit. Vielmehr sind es der soziale Hintergrund und Erfahrungen von Unverständnis und Diskriminierung durch die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft, die die Familien miteinander verbinden (vgl. Karakaşoğlu-Aydin 1999).

Wissenslücke Behinderung

In einem Fall übernahm eine Beratungsstelle von *Migrantinnen für Migrantinnen* sämtliche Kontakte zu Institutionen der Behindertenhilfe, zum Gericht etc. Sie übernahm auch die Begleitung und Vertretung der Mutter. Die Mutter selbst, so ihre Erkenntnis, hätte keine Chance im Kontakt mit Behörden gehabt. Doch es zeigte sich, dass der Beratungsstelle die speziellen, auch rechtlichen Kenntnisse fehlten, die sie für Antragsstellungen, Gerichtsverfahren usw. benötigte. Es bedurfte eines großen Engagements ihrerseits, um sich diese Kenntnisse anzueignen. Die Organisation hat sich dieser Aufgabe gestellt. Die Mutter hingegen vermutete, dass sie sich viele mühevollen Wege hätte ersparen können, hätte die Beratungsstelle anfangs Kenntnisse über behinderungsspezifische Themen gehabt. Eine Kooperation zwischen Beratungsstellen und Akteuren der Behindertenhilfe hätte hier zu einer Entlastung und zu größeren Erfolgen beitragen können.

Notwendige systematische Vernetzung

Allerdings handelt es sich bei diesem Beispiel um einen Einzelfall: Es existieren kaum Strukturen innerhalb der *ethnischen Community*, die den Eltern ermöglichen, Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Wenn überhaupt, erfahren die Eltern von Angeboten der Behindertenhilfe oder auch von finanzieller Unterstützung nur durch Zufall. Ein Gespräch im Schwimmbad mit einer zufälligen Bekanntschaft oder während des Krankenhausaufenthaltes durch die Bettenachbarin kann die Informationsquelle sein. Eine systematische Vernetzung zwischen Migrations-

sozialarbeit und Behindertenhilfe könnte diese *Zufälligkeit* in der Informationsweitergabe reduzieren. Auch könnten Schulungen der Mitarbeiter*innen zu migrations- bzw. behinderungsspezifischen Themen dazu beitragen, die Informationen gezielter in die *Communities* weiterzugeben.

Ausgrenzung aus der Community

Aber nicht alle Familien konnten auf die *ethnische Community als Ressource* zurückgreifen. Zwar wünschten sie sich nach eigenen Angaben den Kontakt. Es gab jedoch auch Eltern und insbesondere alleinerziehende Mütter, die keinen Zugang zu diesen Netzwerken hatten. Oder aber es gab in den heterogenen Gruppen Differenzen, die einen Austausch erschwerten oder verhinderten. So berichtete eine Frau von Ausgrenzungen in der türkischen *Community*, die sie zwar als *ihre* bezeichnete, in der aber ihre ethnische Herkunft als Kurdin zu Ausgrenzung führte: „Die verstoßen einen, auch die eigenen verstoßen einen“ (3, 238 M). So kam es, dass sich die alleinerziehende Mutter von drei Kindern weder in der Gruppe der Eltern von behinderten Kindern noch in der Gruppe der ihr sprachlich verwandten Migrant*innen aufgenommen fühlte. Auch zu *deutschen* Familien gab es nur wenige Kontakte: Sie war mit ihren Kindern allein. Verfügte sie in der Türkei über viele soziale Kontakte, so haben sie und ihre Tochter mit frühkindlichem Autismus heute keine Bezugspersonen in Deutschland. Auch zur Flucht gezwungene Familien bzw. Einzelpersonen können häufig nicht auf ein erweitertes familiäres oder soziales Netzwerk in Deutschland zurückgreifen.

Engagement für Andere

Die Familien, denen es mit den Jahren gelungen war, sich als handlungsfähig zu erleben und ihren Alltag gut zu organisieren, konnten sich vorstellen, sich für andere Familien zu engagieren. Ihre Motivation war vor allem die, dass sie anderen Familien ersparen wollten, was sie selbst erlebt hatten. Sie wollte, so eine Mutter, den Eltern die „Ruhe“ und „Gelassenheit“ mit auf den Weg geben, die sie sich selbst erst mühsam erschließen musste. Ihre Suche nach geeigneten Bildungssettings für ihren Sohn brachte sie zeitweise an den Rand der Verzweiflung. Um an Informationen über Fördermöglichkeiten zu kommen, entwickelte sie schließlich eine Strategie: Sie übernahm Ehrenämter in der Schule. So wurde sie selbst zu

einem Teil des Schullebens. Heute ist sie in der Lage, Mängel in der Schule zu benennen und auszugleichen. So ist sie für die Bildung und Erziehung ihres Sohnes kaum auf Ressourcen und Unterstützung von außen angewiesen.

Eine andere Mutter schaffte es durch die Unterstützung der städtischen Behindertenbeauftragten Fortbildungen zu belegen. Sie besuchte z. B. gemeinsam mit ihrem Sohn Kurse zur *Gestützten Kommunikation*. Durch die Beratung der Behindertenbeauftragten weiß sie heute – nach Jahren der Unsicherheit und nach zahlreichen Erfahrungen mit Ausgrenzungen – die vorhandenen Strukturen zu nutzen. Sie kritisierte die Strukturen, in denen Hilfen für Familien erst dann vermittelt werden, wenn man konkret danach fragt. Dabei nahm sie vor allem die Schulen in die Pflicht: „Die Informationen muss man sich wirklich suchen“ (1, 726 M).

Sie versteht sich als ethnische Verwandte und Brückenbauerin für Familien. Gemeinsam mit ihrem Ehemann begann sie im Internet für andere Familien zu recherchieren, sammelte Informationen – auch auf Türkisch. „Falls jemand so eine Behinderung hat, dass er sich das durchlesen kann“ (1, 269 M). Nach einiger Zeit entschieden sich die Eltern, ihr Engagement in einem stärker institutionalisierten Rahmen weiter zu führen. Sie gründeten einen Verein, der als Selbsthilfeorganisation betroffene Familien unterstützen sollte. Den Auslöser des Engagements für andere Familien beschrieb die Mutter wie folgt:

„[dt.] Wir haben ja ein Jahr lang wirklich so rumrecherchiert und gedacht: ‚Oh Gott, warum wir?‘ [lacht]. Und die Schwierigkeiten, die man da hat und die Ahnungslosigkeit, was es alles gibt und wovon man wirklich keine Ahnung hat. Überhaupt die Rechte und Pflichten und alles Mögliche, das hat man erst gemerkt, wenn man im Internet recherchiert. Und dann hatte ich auch in der Schule einige Gespräche“ (1, 248 M).

Diese Eltern wollten ihre rege gepflegten Kontakte ins Hilfesystem an andere Familien weitergeben. Heute sind sie gut vernetzt. Ihr Angebot richtet sie vor allem an Familien türkischer Herkunft. Auf Veranstaltungen zum Thema *Migration und Behinderung* organisierten sie Informationsstände und verteilten Informationen an die Familien. Dafür griffen sie auf Informationen aus dem Internet zurück. Nach eigenen Angaben kamen diese von Wikipedia. Offenbar bestand kein ausreichendes Vertrauensverhältnis, sich mit der

Bitte um Informationsmaterialien an das Hilfesystem zu wenden. Daher unterblieb auch eine Überprüfung auf Sinnhaftigkeit durch Fachkräfte. Schließlich musste die Familie die Arbeit im Verein ruhen lassen, weil sie sie nicht mehr bewältigen konnte. Zu viele Anfragen von Familien hätte es gegeben, aber keine institutionelle Unterstützung durch das Hilfesystem und zu wenig Bereitschaft von weiteren Eltern, sich ehrenamtlich zu betätigen. Das ehrenamtliche Engagement der Familie bleibt damit eine ungenutzte Ressource.

Im Allgemeinen werden Eltern zu wenig vom Hilfesystem als Expert*innen anerkannt und unterstützt. Zu selten werden Foren des Austauschs geschaffen. Im oben geschilderten Fall waren die Eltern auf verständlich aufbereitete, mehrsprachige Informationen zu behinderungsspezifischen Themen und zu Ansprechpartner*innen und Beratungsstellen in der Kommune angewiesen, um sie an die Eltern weitergeben zu können. Durch eine Vernetzung engagierter Einzelpersonen, die sowohl ideell als auch finanziell durch das Hilfesystem getragen wird, entsteht aus Einzelkämpfer*innen ein Netzwerk aus Brückenbauer*innen.

Fazit

Bei einem Vergleich der Fachliteratur über Familie und Behinderung mit den oben dargestellten Orientierungen wird deutlich: Es gibt kaum Unterschiede in Haltungen und Orientierungen zwischen Eltern mit und ohne Migrationsgeschichte (vgl. Amirpur 2016). Alle Eltern teilen – unabhängig vom Migrationskontext – den Wunsch nach Aufklärung über behinderungsspezifische Fragen, nach Angeboten familiärer Entlastung sowie nach differenzierten Konzepten der Förderung und Betreuung für ihre Kinder. Ihre Forderungen an das Hilfesystem bezüglich der Weitergabe von Informationen sind identisch. Vermutungen, dass die Vorstellungen von Empowerment der deutschen Behindertenhilfe nicht den Wünschen der Familien im Migrationskontext entsprechen, können zumindest durch die vorgestellte Studie nicht belegt werden. Im Gegenteil: Die prekäre Situation der Familien im Migrationskontext, ihre Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen, die Erfahrung, dass sie ihre Rechte kaum durchsetzen können, und das Gefühl, auf sich allein gestellt zu



sein, machen Maßnahmen zum Empowerment der Eltern und ihrer behinderten Angehörigen durch das Hilfesystem dringend erforderlich.

Diese sollten sich an den Orientierungen und den Ressourcen der Familien ausrichten. Eine Analyse der Orientierungen kann helfen, Handlungsempfehlungen für die Behindertenhilfe zu formulieren, die das Empowerment eingewanderter Eltern stärken.

Empowerment sollte verstanden werden als Prozess der Selbstermächtigung. Als Widerstand gegen diskriminierende Strukturen. Als Strategie zur Aktivierung und Stärkung individueller und kollektiver Ressourcen und Potenziale. Ziel sollte es sein, für die Familien einen Raum zu schaffen, in denen die erlebten Ausgrenzungen zur Sprache gebracht werden können, in dem die Erfahrungen von Diskriminierungen, Benachteiligungen und Ausgrenzungen von allen geteilt werden. Dafür benötigt das Hilfesystem die *ethnische Community*. Sie kann diese Potenziale nutzen, Personen vernetzen und

entsprechende Strukturen schaffen. Denn die Studie zeigt auch: Man kann nicht davon ausgehen, dass solche Foren bereits bestehen. Multiplikator*innen, Eltern, die Eltern beraten, behinderte Menschen, die andere behinderte Menschen unterstützen, benötigen adäquate Informationen über Angebote des Hilfesystems, über die Rechte der Familien und ihre Möglichkeiten für die Kinder. Auch hier muss es eine institutionelle Unterstützung geben, denn die Bereitstellung geeigneter Informationen ist auch für erfahrene Eltern schwierig. Das betrifft neben einem behinderungsspezifischem auch ein migrations-spezifisches, juristisches Fachwissen bspw. über rechtliche Restriktionen.

Zwar werden die Familien diskriminierenden, ausgrenzenden Praktiken nicht entkommen. Aber daraus ist nicht zu schließen, dass sie sich diesen unterwerfen müssen. Fachkräfte der Behindertenhilfe können den Familien zur Seite stehen, damit diese flügge werden – innerhalb dieses Gefüges.



Teil 2 Perspektive *Methodisches Vorgehen*

„Du hörst nur mit dem Herzen gut!“ – Dialogische interkulturelle Kommunikation mit eingewanderten Familien in Diensten und Einrichtungen der Behindertenhilfe

Sabine Kriechhammer-Yağmur, Referentin für Eltern- und Familienbildung und für interkulturelle und inklusive Bildung, Paritätisches Bildungswerk Bundesverband

Der 6. Familienbericht der Bundesregierung zeigt: Lebenslagen und -entwürfe von Familien mit Migrationshintergrund und ihre Vorstellungen von Familie und Familienleben sind genauso vielfältig wie die von Familien ohne Migrationshintergrund. Sobald aber ein Familienmitglied mit gesundheitlichen Einschränkungen und Behinderungen lebt, haben alle Familien ähnliche Sorgen, Ängste und Unsicherheiten. Familien mit Migrationshintergrund suchen jedoch deutlich seltener Unterstützung bei der Behindertenhilfe, bezogen auf ihren Gesamtbevölkerungsanteil. Um ihr Vertrauen zu gewinnen, sie zur Partizipation einzuladen und ihre Selbsthilfekompetenz zu stärken, sind geeignete Kommunikationsformen nötig. Müssen diese bei zugewanderten Familien grundlegend anders sein als bei deutschstämmigen? Dieser Beitrag versucht, Antworten auf diese Frage zu finden.

Dazu dienen zwei fiktive Familien als Beispiel, die es in Wirklichkeit durchaus geben könnte. Zunächst stelle ich Ihnen die Familien vor, führe dann in das Modell der Interkulturellen Kommunikation von Georg Auernheimer ein und erkläre es am Beispiel der Familien. Anschließend verknüpfe ich das Modell mit der Dialogischen Haltung und gebe einige Handlungsempfehlungen, die nach meinen Erfahrungen in der Praxis umsetzbar sind. Diese Erfahrungen habe ich während meiner langjährigen Tätigkeit als Referentin für interkulturelle Themen erworben. Ich begleite unter anderem Kita-Teams dabei, sich interkulturell zu öffnen. Auch in Fortbildungen für Erzieher*innen und Fachkräfte aus anderen Disziplinen sammelte ich viele Erfahrungen. Die Handlungsempfehlungen habe ich sowohl in meiner eigenen deutsch-türkischen Familie als auch in der Arbeit mit Eltern, Kindern und Fachkräften selbst ausprobiert.

Die Familien

Familie H. ist aus einer Kleinstadt in Syrien geflohen und lebt seit sechs Monaten in Frankfurt am Main. Über den Asylantrag hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge noch nicht entschieden. Zur Familie gehören Vater Sharif (35, Maschinenbauingenieur und derzeit arbeitslos), Mutter Malika (34, Lehrerin, Hausfrau) und die Kinder Samira (8), Edip (5) und Zara (2). Edip ist blind und querschnittsgelähmt. Die Familie ist gerade erst aus der Erstaufnahmeeinrichtung in eine Notwohnung gezogen. Sie ist die einzige Familie aus Syrien im Haus. Malika und Sharif hoffen darauf, dass die Behörden über ihren Antrag auf einen Umzug zu Familienangehörigen in Münster bald positiv entscheiden. Samira besucht die Grundschule, Edip und Zara betreuen die Eltern zu Hause. Muslimische Traditionen spielen in der Familie keine Rolle, eine gute Bildung für alle Kinder ist ein wesentliches Erziehungsziel. Sharif und Malika bemühen sich darum, über das Internet Deutsch zu lernen, einen Kurs haben sie bislang noch nicht besuchen dürfen. Sie hoffen auf die Anerkennung ihrer Studienabschlüsse in Deutschland, weil sie gerne wieder in ihren Berufen arbeiten möchten. Über die Flüchtlingsberatung haben sie erfahren, dass es eine Frühförderstelle gibt, deren Angebote sie für Edip in Anspruch nehmen könnten.

Familie A. lebt in einem kleinen Dorf in Nordhessen. Natalja (30) wurde in der Ukraine geboren, ist Spätaussiedlerin und lebt seit 2001 in Deutschland; ihr Mann Pjotr (34) zog 2004 als Ehegatte nach. Natalja hat einen Schulabschluss in der Ukraine gemacht und anschließend sofort geheiratet. Sie hat keine Berufsausbildung und hat nie erwerbstätig gearbeitet. Pjotr war in der Ukraine und in Deutschland als Bauarbeiter tätig; derzeit ist er arbeitslos. Die Familie gehört zu einer evangelikalen Gemeinde, in der sie

– ebenso wie viele andere Aussiedlerfamilien – sehr aktiv ist. Sie hat acht Kinder zwischen drei Monate und 12 Jahre, die fünfjährige Olga ist gehörlos und stark entwicklungsverzögert. Natalja spricht gutes Deutsch für den Alltag, ihr Mann verfügt nach dem Besuch eines Deutschkurses über Grundkenntnisse der deutschen Sprache. Die Kinder besuchen Schulen und Kindergärten, Olga eine inklusive Kita der Lebenshilfe. Die Familie wohnt in einer Wohnsiedlung, in der viele andere Aussiedlerfamilien leben, die gleichzeitig Gemeindemitglieder sind.

Das Modell der interkulturellen Kommunikation von Georg Auernheimer und dessen Anwendung

Neben den allgemeinen Grundlagen der Kommunikation nach Watzlawick und Schulz von Thun eignet sich das Modell der interkulturellen Kommunikation von Georg Auernheimer (2015) gut als Reflexionsrahmen, um die Prinzipien interkultureller Kommunikation zu

Zehn Thesen zum Thema Migration und zur Unterstützung von Familien mit Migrationshintergrund



1. Einen Migrationshintergrund zu haben, ist per se kein Problem.
2. Wer von anderen als Mensch mit Migrationshintergrund bezeichnet wird, steckt schnell in einer Schublade. So wird aus ganz unterschiedlichen Menschen eine vermeintlich feste Gruppe von Anderen/Fremden gemacht.
3. Aus der Kombination von *Differenzlinien* wie Armut und fehlendem Zugang zu Bildung können prekäre Lebenslagen entstehen. Dies sollten Fachkräfte in der Beratung berücksichtigen und darauf mit individuellen Unterstützungsangeboten reagieren.
4. Defizitär und ausgegrenzt oder handlungsfähig und zugehörig? Wie Kinder, Jugendliche und Eltern mit Migrationshintergrund sich fühlen, hängt auch von den Vorstellungen von Migration ab, die Fachkräfte haben.
5. Eine *differenzsensible Perspektive* verhindert Schubladendenken. Fachkräfte gehen in der Arbeit mit Familien von Gemeinsamkeiten aus, ohne die Besonderheiten außer Acht zu lassen.
6. Interkulturelle Kompetenz braucht eine große Bereitschaft zur (Selbst-) Reflexion und Fachwissen, das dann aktiviert werden kann, wenn es erforderlich ist.
7. Die Beteiligung von Eltern an Angeboten der Behindertenhilfe kann nur gelingen, wenn neben der persönlichen und fachlichen Haltung der Fachkräfte die strukturellen Rahmenbedingungen kritisch hinterfragt werden.
8. Um Vertrauen aufbauen zu können, müssen sich Eltern mit Migrationshintergrund – wie andere Eltern auch – wahrgenommen fühlen.
9. Um Vertrauen aufbauen zu können, müssen Eltern mit Migrationshintergrund (und andere) das Angebot verstehen können.
10. Um das Vertrauen von Eltern mit Migrationshintergrund (und anderen) zu erhalten, muss es kontinuierliche, aufeinander aufbauende und miteinander vernetzte Angebote für sie und ihre Familien geben.

erläutern. Ich stelle es später am Beispiel der beiden Familien vor. Auernheimer geht von zwei Hypothesen aus:

- Kommunikationsstörungen entstehen durch unterschiedliche Erwartungen, die Gesprächspartner*innen an die Kommunikation haben. Wird die Erwartung eines oder beider Gesprächspartner*innen enttäuscht, kann leicht das Gefühl von Missachtung entstehen. Daraus folgt:
- Die entscheidende Störungsquelle in der Kommunikation liegt nicht auf der Inhaltsebene, sondern auf der Beziehungsebene.

Auernheimer geht davon aus, dass auf der Beziehungs-, Appell- und Selbstoffenbarungsebene fast ausschließlich nonverbal kommuniziert wird. Analog zu Schulz von Thuns Kommunikationsquadrat unterscheidet er daher vier Dimensionen, die die interkulturelle Kommunikation bestimmen können:

- **Machtasymmetrien**
- **Kollektiverfahrungen**
- **Fremdbilder**
- **Die Differenz der Kulturmuster**

Diese vier Dimensionen überschneiden sich und wirken oft, ohne dass sich die Gesprächspartner*innen ihrer bewusst sind. Ich stelle die Dimensionen kurz vor und betrachte dann ihre Wirkung aus einer von vielen möglichen Perspektiven, die die beiden Familien oder die Fachkräfte einnehmen könnten. Anhand von Beispielen veranschauliche ich, wodurch Missverständnisse in Kommunikationssituationen entstehen können.

Machtasymmetrien gibt es unzählige, z. B. unterschiedliches Alter oder ungleicher Bildungsstand, Angestellte-Chef*innen-Asymmetrie, eloquente und ungeübte Sprecher*innen, Expert*innen und Laien. Sie beeinflussen die Bereitschaft zur Kommunikation und wirken auf die Offenheit und die Inhalte eines Gesprächs ein.

Mögliche Machtasymmetrien im Alltag der Familien A. und H.

In Kommunikationssituationen können Sharif und Pjotr gleiche und unterschiedliche Aspekte als Machtasymmetrie erleben: Die Tatsache, dass beide keine

deutschen Muttersprachler sind, beeinflusst mit Sicherheit ihre Kommunikation mit Menschen, die Deutsch als Erstsprache sprechen. Das Gefühl, nicht alles richtig verstehen zu können, verunsichert. Es führt zu Ohnmachtserfahrungen und kann die Bereitschaft zur offenen Kommunikation beeinträchtigen. Das passiert insbesondere in Kommunikationssituationen mit Mitarbeiter*innen aus Behörden und/oder Beratungsstellen. Pjotr muss sich um seinen Aufenthalt keine Sorgen machen. Sharif dagegen wird bei jedem Gespräch im Kopf haben, dass er nichts sagen darf, was sich negativ auf sein Asylverfahren auswirken könnte. Da er nicht genau einschätzen kann, welches Kommunikationsverhalten riskant sein könnte, ist er sehr zurückhaltend und antwortet am liebsten auf geschlossene Fragen.

Beide Männer arbeiten zurzeit nicht, sie erhalten Transferleistungen. Je nachdem, wie sehr sich beide über ihre Arbeit und ihre Rolle als Ernährer der Familie definieren, beeinflusst die Arbeitslosigkeit ihre Kommunikation mit Menschen, die Arbeit haben.

Würden Pjotr und Sharif sich kennen und miteinander ins Gespräch kommen, ergäbe sich möglicherweise eine weitere Machtasymmetrie: Sharif als Akademiker könnte sich Pjotr, dem ungelerten Arbeiter, überlegen fühlen. Oder aber beide fühlten sich miteinander verbunden. Denn beide haben die Kollektiverfahrung gemacht, Fremde zu sein. Dadurch wäre das Bildungsgefälle zweitrangig und sie grenzten sich möglicherweise gegenüber Inländer*innen ab.

Erzieher*innen in der Kita der Lebenshilfe, in die Olga geht, halten es für selbstverständlich, dass Pjotr und Natalja wissen, wie eine inklusive Kita funktioniert. Und dass sie wissen, was die Kita anbieten kann und wo ihre Grenzen liegen. Schließlich ist Pjotr schon seit 12 und Natalja seit 15 Jahren in Deutschland. Dass die Familie besser Ukrainisch als Deutsch spricht und Natalja oft sehr alte deutsche Begriffe aus dem 18. Jahrhundert verwendet, irritiert die Erzieher*innen. Sie empfinden dies als Herausforderung für die Beziehungsarbeit. In einer Dienstbesprechung gab es Diskussionen darüber, ob die Erzieherin Galina mit den Eltern Ukrainisch sprechen dürfe, denn „schließlich sind wir eine deutsche Kita!“. Die Kitaleitung beendete die Diskussion mit dem Hinweis, dass gemäß Kita-Konzeption die Verständigungsorientierung oberste Priorität habe. Es dürfen also alle Sprachen gesprochen werden, die der Verständigung und Vertrauensbildung dienen.

Kollektiverfahrenungen sind Erfahrungen von Gruppen, die Personen entweder selbst gemacht haben oder die von Generation zu Generation oder innerhalb einer Gemeinschaft weitergegeben werden. Durch die Kolonialgeschichte oder die Sklaverei, durch den Nationalsozialismus oder durch andere historische Erfahrungen der Unterdrückung und Verfolgung sind Beziehungen zwischen Gruppen historisch geprägt. Je nach Kommunikationssituation können sie einen zentralen – oft unbewussten – Einfluss auf die Bereitschaft zur Kommunikation, die Interpretation des Gesagten und die Form der Interaktion haben.

Mögliche Kollektiverfahrenungen in den Familien A. und H.

Natalja und Pjotr sind stark in ihrer evangelikalen Gemeinde verankert. Sie leben in einer Nachbarschaft, in der ihre religiösen und ethischen Werte geteilt und gelebt werden. Dass die Gesellschaft ihre Werte ablehnt und möglicherweise sogar sanktioniert, haben sie bereits in der Ukraine erfahren. In Deutschland erwarten sie nichts anderes. Möglicherweise gerade deshalb empfinden sie sich als enge Gemeinschaft und treten als solche nach außen auf. Über Familien, die nicht ihre religiösen Überzeugungen teilen, haben sie viel Negatives gehört. Daher konnten sie sich zunächst nicht vorstellen, Olga in eine Kita der Lebenshilfe zu geben, wo sie Erfahrungen mit anderen Lebensweisen machen würde. Natalja und Pjotr kannten Einrichtungen für Menschen mit Behinderung in der Ukraine nur aus Erzählungen ihrer Eltern und Großeltern. Sie galten als *Verwahrnstanalten*. Natalja und Pjotr hatten große Angst davor, dass dies in Deutschland ähnlich sein würde. Diese Erfahrungen sagen ihnen möglicherweise auch, dass der sicherste Platz für Olga der in der Familie und der Gemeinde ist, und dass sie ihre Tochter behüten müssen.

Sowohl Olga und Pjotr als auch Sharif und Malika haben gehört und gelesen, dass es in Deutschland neben großer Hilfsbereitschaft auch Rassismus und Diskriminierung gibt. Freund*innen erzählten ihnen von Besuchen bei Behörden, bei denen sie sich ungerecht behandelt fühlten. Obwohl beide Paare diese Erfahrung noch nicht selbst gemacht haben, meiden sie den Kontakt mit deutschen Behörden und Beratungsstellen. Denn sie erwarten, dass man sie dort ablehnen und diskriminieren wird.

In das von der Flüchtlingsberatungsstelle angebahnte Beratungsgespräch mit der Frühförderstelle gehen Sharif und Malika deshalb mit gemischten Gefühlen. Sie fragen sich: Was tut eine Frühförderstelle? In welchem Verhältnis steht sie zur Ausländerbehörde? Welche Unterstützung können sie hier erwarten? Als Eltern wollen sie das Beste für Edip. Sie wünschen sich bestmöglich geförderte und gut ausgebildete Kinder. Malika und Sharif verstehen Lernen als einen Prozess, der vor allem Disziplin und ständige Wiederholung braucht. Die Pädagog*innen der Frühförderstelle sind hingegen anderer Meinung. Aufgrund ihrer Erfahrungen wissen sie, dass Lernen auch spielerisch geschehen kann. Dass es Spaß machen kann. Diese Haltung teilen Malika und Sharif nicht. Sie sind daher skeptisch, ob sie das Unterstützungsangebot annehmen sollen.

Die Mitarbeiter*innen der Frühförderstelle hingegen sind bei der ersten Begegnung mit Malika und Sharif nicht frei von ihren Erfahrungen mit anderen syrischen Flüchtlingsfamilien. Sie erwarten ein langes Gespräch. Sie befürchten, dass auch diese Familie wie manche andere nicht wiederkommen wird.

Fremdbilder beeinflussen ebenfalls die Erwartung an die Kommunikation. Oft sind sie maßgeblich von Kollektiverfahrenungen geprägt. Sie sind als historisch gewachsene und durch öffentliche Diskurse erzeugte Vorstellungen über den oder die *Anderen* zu verstehen. Fremdbilder sind Stereotype und Vorurteile über bestimmte Personen oder Gruppen. Sie haben einen Einfluss auf unsere Wahrnehmung. Ein gutes Beispiel dafür ist das in den Medien und in Fachkreisen erzeugte Bild von der *muslimischen Familie*.

Fremdbilder, mit denen Familien A. und H. konfrontiert sein können

Die Mitarbeiter*innen der Frühförderstelle wissen nicht, dass Malika und Sharif die islamische Religion nicht leben. Dass sie sich mit einem modernen Familienmodell identifizieren. Sie interpretieren die Tatsache, dass Sharif das Gespräch führt und Malika nur gelegentlich etwas einwirft, als Ausdruck *typisch* muslimischer Familienstrukturen. Die gibt es natürlich genau so wenig wie *typisch* deutsche oder christliche Familienstrukturen.

Im Erstgespräch lautet die erste Frage nach der Begrüßung, ob Malika und Sharif Deutsch sprechen. Diese schämen sich wegen ihrer fehlenden Deutschkenntnisse. Sie verneinen und bieten an, die Unterhaltung auf Englisch zu führen. Beide gehen selbstverständlich davon aus, dass studierte Menschen Englisch als Zweitsprache sprechen. Heilpädagoge Michael hat ein Jahr in den USA studiert und spricht Englisch. Er ist jedoch unsicher, ob er eine Förderung Edips in der Familie anbieten soll. Er vermutet, dass es der Familie nicht recht ist, wenn er als Mann allein in die Familie kommt. Anstatt Malika und Sharif danach zu fragen, was sie von der Idee seiner Hausbesuche halten, schlägt er eine Kollegin vor, die sehr jung ist und Englisch als zweite Muttersprache spricht. Malika und Sharif aber legen großen Wert auf Erfahrung und Kompetenz. Sie sind irritiert, dass die jüngste und ihrer Ansicht nach unerfahrenste Mitarbeiterin mit ihrem Sohn arbeiten soll. Sie vermuten, dass der Heilpädagoge für sie als Flüchtlinge die unerfahrenste Pädagogin als gut genug erachte. Das lässt ihre Zweifel an der Sinnhaftigkeit und Effizienz der Förderung weiter wachsen.

Natalja erinnert sich an ihre Kollektiverfahrung aus der Ukraine, wenn andere Eltern in der Kita

und die Erzieher*innen sie immer wieder auf ihre acht Kinder ansprechen. Sie vermutet, dass man sie wegen der Vielzahl ihrer Kinder ablehnt. Langsam entwickelt sie eine Aversion gegen Erzieher*innen und Eltern. Geburtenkontrolle hält sie für Sünde, Sex außerhalb der Ehe ebenfalls. Sie befürchtet eine ihrer Meinung nach negative Beeinflussung Olgas in der Kita. Daher will sie abwägen, was wichtiger ist: die Förderung Olgas oder ihr persönliches Unbehagen. Auch bei der Förderung ist sich Natalja nicht sicher. Sie ist der Auffassung, Olga müsse nur diszipliniert genug sein, die Erzieher*innen müssten sie nur ausdauernd genug zum Lernen anhalten – so wie sie es selbst als Kind erfahren hat. Sie überlegt, Olga aus der Kita zu nehmen und sie in den Hauskreisen der Gemeinde erziehen zu lassen. Die Erzieher*innen der inklusiven Kita wiederum nehmen Natalja und Pjotr als Mitglieder der Pfingstgemeinde wahr, über die im Ort viel geredet wird, über die sie aber nicht viel wissen. Es fällt ihnen schwer, die Lebens- und Erziehungsentwürfe von Natalja und Pjotr nachzuvollziehen. Sie fühlen sich abgelehnt und misstrauisch bäugt. Dennoch ist es ihnen ein Anliegen, herauszufinden, wie sie eine vertrauensvolle Beziehung aufbauen können.





Die Differenz der Kulturmuster ist die Dimension, die Auernheimer absichtlich erst an vierter Stelle nennt. Er meint damit das, was meistens zuerst als Erklärungsmuster herangezogen wird, wenn man vermeintlich *fremdes* Verhalten analysieren möchte: Die kulturellen Unterschiede, die sich zum Beispiel in der Art der Begrüßung, bei Höflichkeitsformen, in Mimik und Gestik, bei Nähe und Distanz, bei Organisation des Sprecher*innenwechsels zeigen können.

Dazu sagt die Kulturanthropologin Olivia Sarma in einer Expertise über Kulturkonzepte:

„Das Verhalten, was einem an dem Ort, an dem man aufwächst oder wo man seit langer Zeit lebt, ‚anerzogen‘ wurde, kann in einem anderen sozialen Kontext seine Gültigkeit verlieren oder missverstanden werden. Dass dies eine Rolle spielen kann, wenn von interkulturellen Konflikten gesprochen wird, ist naheliegend und wichtig mitzudenken, denn sonst besteht die Gefahr der Differenzblindheit. Dass grundsätzlich aber Machtasymmetrien mitgedacht werden müssen, ist eine wichtige Erweiterung, die dieses Modell vornimmt. (...) In machtasymmetrischen Beziehungen dienen (differente Kulturmuster) dazu, sich mit Fremdbildern zu verbinden und Zuschreibungs-, Ausgrenzungs- und Diskriminierungspraxen zu rechtfertigen. Die Dimension

‚differente Kulturmuster‘ schafft zwar Raum für den Einbezug möglicher (!) kultureller Differenzen als Störfaktor in Kommunikationen, verhindert durch den Verweis an die vierte Stelle jedoch, dass das Scheitern der Kommunikation nur auf der Seite des vermeintlich ‚Fremden‘ lokalisiert wird.“ (Sarma 2012: 60f.)

Hilfreich für Fachkräfte ist es, die Differenz weiter zu differenzieren und sich zu fragen: Was lernt jemand innerhalb der individuellen Familienkultur? Was unterscheidet sich möglicherweise von dem, was in anderen Familien vermittelt wird? *Kultur* wird immer im Gegensatz zu *Natur* gedacht. Kultur ist etwas, was einer Gruppe von Menschen gemeinsam ist. Jeder Mensch gehört immer mehreren kulturellen Gruppen zugleich an. Zum Beispiel Monika: Sie ist eine Frau, kleidet sich gerne sportlich, ist nicht religiös, wählt die Grünen, liebt HipHop, isst gerne Vietnamesisch, spricht hessisch, hasst Intoleranz. So ist jede Gesellschaft per se auch eine interkulturelle – unabhängig davon, ob es Einwanderung gibt oder nicht.

Der Erziehungswissenschaftler Wolfgang Nieke definiert Kultur als „die Gesamtheit der kollektiven Deutungsmuster einer Lebenswelt. Eine solche Definition von Kultur bindet das Gemeinte weder an eine Ethnie noch eine Nation noch eine Sprache. Die Grenzen zwischen den Kulturen sind also nicht

identisch mit Sprachgrenzen, Landesgrenzen oder Grenzen zwischen Völkern und Volksgruppen.“ (Nieke 1997: o. S.). Kulturen werden erlernt und sind nicht angeboren, sie verändern sich unentwegt, sie sind nicht homogen und sie sind gleichwertig. Es begegnen sich nie Kulturen, sondern immer Menschen.

Mögliche Differenzen der Kulturmuster in der Interaktion zwischen Fachkräften und den Familien A. und H.

Malika und Sharif haben sich vor ihrer Flucht bewusst Deutschland als Ziel ausgesucht. Sie wollen in einem demokratischen Land leben und hoffen darauf, bald wieder in ihren Berufen arbeiten zu können. Sie wünschen sich einen sicheren Aufenthaltstitel und träumen davon, wieder den gleichen sozialen Status zu haben wie vor ihrer Flucht, die alles durcheinandergebracht hat, was ihnen sicher schien. Ihre Nachbar*innen in der Notunterkunft sind Flüchtlinge aus anderen Ländern, aber auch Wohnsitzlose und Haftentlassene. Sie sind mit einem Gesundheitssystem konfrontiert, das sie nicht verstehen. Die Bewältigung des Alltags fällt ihnen schwer. Außerdem die deutsche Sprache – sie ist kompliziert. Diese vielfältigen neuen Erfahrungen verunsichern das Paar. Sie führen dazu, dass Malika und Sharif nicht immer genau einordnen können, wie sie sich im Umgang mit Nachbar*innen oder Behörden verhalten sollen. Wer gibt wann und wem die Hand? Wer kommt wann zu Wort? Wie lehne ich höflich ab, ohne zu verletzen? Wie äußere ich höflich eine andere Meinung? Wie bringe ich meinen Respekt zum Ausdruck: mit abgewandtem Blick, mit einer besonders höflichen Anrede, mit speziellen Redewendungen? Wie eng oder lose wollen wir den Kontakt zu Nachbar*innen gestalten, was ist hier *üblich*, was tut uns gut? Da beide noch nicht gut Deutsch sprechen, fällt ihnen das Fragen schwer. Sie verlassen sich eher auf Berichte und Ratschläge aus der *Community* als auf ihr eigenes Gefühl.

Natalja und Pjotr hingegen bewegen sich in ihrer Gemeinde, die verbindliche Kommunikationsregeln hat, die das Paar schützen. Im Ort haben sie darüber hinaus kaum Kontakte. Daher kennen sie wenig andere Kommunikationskulturen als die eigene. Im Alltag erfahren sie, dass ihr Rollenbild und -verständnis

außerhalb ihrer Gemeinde auf Befremden oder Ablehnung stößt. Das Paar betrachtet eine gelegentliche Ohrfeige für die Kinder als angemessenes Erziehungsmittel. Diesen Erziehungsstil schätzen die Erzieher*innen in der Kita als an der Grenze zur Kindeswohlgefährdung ein. Die Zurückhaltung, mit der die Familie Menschen außerhalb der Gemeinde begegnet, verstehen die Erzieher*innen als Misstrauen und fehlende Bereitschaft zur Kooperation. Natalja und Pjotr fühlen sich missverstanden und meiden, wenn möglich den Kontakt mit der Kita und anderen Eltern. Soweit die Dimensionen des Auernheimerschen Modells am Beispiel der beiden Familien.

Das Modell hilft dabei, interkulturelle Kommunikationssituationen zu analysieren und zu verstehen. Es bietet keine vorgefertigten Lösungen, sondern ermutigt dazu, individuelle Möglichkeiten zu finden, auszuprobieren und sich im Team abzustimmen. Zur interkulturellen Kommunikation braucht es Empathie, ein hohes Maß an (Selbst-) Reflexion, Ambiguitätstoleranz[?] und Wissen, das immer an der individuellen Familiensituation überprüft und ergänzt werden sollte. Der Satz *Es könnte so sein oder auch anders* eignet sich als Faustregel.

Damit Fachkräfte diese Haltung entwickeln und beibehalten können, benötigen sie in ihrer Rolle als Profi ein hohes Maß an Selbstbewusstheit und Selbstsicherheit. Zudem müssen sie Unsicherheit in der Gesprächssituation aushalten können. Eine weitere zentrale Voraussetzung ist die Bereitschaft zum Dialog auf *Augenhöhe*. Denn interkulturelle Kommunikation kann nur wirken, wenn sie von einer dialogischen Haltung getragen wird.

[?] Ambiguitätstoleranz meint die Fähigkeit von Fachkräften, Unsicherheiten, Widersprüchlichkeiten, Ungewissheiten und möglicherweise mehrdeutige Kommunikationssituationen wahrzunehmen und auszuhalten.

Interkulturelle Kommunikation als Dialog auf Augenhöhe

„Jede lebendige Situation hat wie ein Neugeborenes, trotz ihrer Ähnlichkeit, ein neues Gesicht, nie dagewesen, nie wiederkehrend. Sie verlangt eine Äußerung von dir, die nicht schon bereit liegen kann. Sie verlangt Gegenwart, Verantwortung, Dich!“ (Buber zit. n. Schopp 2013: 5)

Martin Buber meint nicht nur das Sprechen miteinander. Vielmehr beschreibt er den Raum, der sich vertrauensvoll zwischen Gesprächspartner*innen entfalten kann. In ihm wächst Beziehung, es kommt zu einem Dialog auf Augenhöhe, der Neues entstehen lässt.

Johannes Schopp, der das Modell der dialogischen Elternbegleitung entwickelt hat, beschreibt die Wirkung des Dialogs folgendermaßen:

„Die Dialogische Haltung stellt die einzigartige Existenz eines jeden Menschen in den Mittelpunkt. Sie betont den Respekt vor der Unterschiedlichkeit, vor unterschiedlichen, auch von der Norm abweichenden Lebenswegen, vor dem Tempo individueller Entfaltung und vor der Unvollkommenheit menschlicher Existenz. Dieser Einstellung liegt die Annahme zugrunde, dass jede und jeder durch den Dialog ermutigt werden kann, das Vertrauen in die eigene Urteilsfähigkeit und das Gespür für den eigenen ‚richtigen‘ Weg wieder zu finden. Das macht die Menschen langfristig unabhängiger vom Urteil sogenannter Experten und deren Wissen und es stärkt sie.“ (Schopp 2013: 23f.)

Für Schopp sind zentrale Leitsätze einer Dialogbegleitung:

- „Es gibt keine allgemeingültigen ‚Rezepte‘.
- Eltern werden beim Suchen eigener Antworten auf ihre Fragen begleitet.
- Eltern werden sich bewusst, dass Fehler zum Leben dazu gehören.
- Im gegenseitigen Verständnis füreinander spüren Eltern Entlastung und lernen, wieder über sich und ihre Situation zu schmunzeln oder zu lachen.
- Eltern sind Fachleute und Verantwortliche in eigener Sache.
- Eltern sind gleichwertige und gleichwürdige Dialogpartner.
- Wir können niemanden verändern. Ziel ist es, die Überzeugung der Eltern zu bestärken, selbst wirksame und eigenverantwortliche Lebensgestalter zu sein.“

(Schopp 2013: 25)



Als Einstiegshilfe in die Dialogpraxis formuliert Schopp die folgenden Dialogregeln:

„Einladung zum Dialog

- Jede/Jeder genießt den gleichen Respekt.
- Ich mache mir bewusst, dass meine ‚Wirklichkeit‘ nur ein Teil des Ganzen ist.
- Ich genieße das Zuhören.
- Ich brauche niemanden von meiner Sichtweise zu überzeugen.
- Ich verzichte darauf, (m)eine Lösung über den Lösungsweg meines Gegenübers zu stellen.
- Wenn ich von mir rede, benutze ich das Wort *Ich* und spreche nicht von *man*.
- Bevor ich rede, nehme ich mir einen Atemzug Pause.
- Ich rede von Herzen und fasse mich kurz.
- Ich vertraue mich neuen Sichtweisen an.
- Ich nehme Unterschiedlichkeit als Reichtum wahr.“ (Schopp 2013: 222)

Wie könnte eine durch diese Dialogregeln gestärkte Haltung in der Kommunikation mit Malika und Sharif oder Natalja und Pjotr wirksam werden?

Sowohl Malika und Sharif als auch Natalja und Pjotr werden als Eltern wahrgenommen, die das Beste für ihre Kinder wollen. Sie erfahren Respekt für sich als die Menschen, die sie sind. Ihre Ressourcen und Erfahrungen werden gesehen, wertgeschätzt und genutzt. In der Begegnung entsteht ein vertrauensvoller Raum, in dem Ängste, Zweifel und Sorgen Platz haben dürfen und nicht als unbegründet bewertet oder abgetan werden. Die Pädagog*innen sprechen offenen Herzens darüber, welche Aspekte

ihnen in der Zusammenarbeit mit Familien wichtig sind und warum diese bedeutsam sind. Sie stellen heraus, welche ethischen und fachlichen Grundlagen sie in ihrer Arbeit leiten. So haben die unterschiedlichen Vorstellungen von Eltern und Pädagog*innen nebeneinander Platz. Sie sind von großem Wert für alle Beteiligten. Lösungen werden gemeinsam erarbeitet.

Wenn Olga in der inklusiven Kita ihren Platz finden soll, müssen Natalja und Pjotr erfahren, dass sie als Eltern ernst genommen werden. Dazu gehört auch, dass sich die Erzieher*innen für die religiösen und ethischen Vorstellungen interessieren und sie respektieren – auch wenn sie sie nicht teilen. Steht die Frage nach einer möglichen Kindeswohlverletzung im Raum, müssen die Erzieher*innen sensibel und schnell reagieren. Erfährt die Einrichtung erstmals von einer Ohrfeige, gilt es, die Eltern sofort klar und deutlich anzusprechen. Wenn Natalja und Pjotr zum Beispiel Ideen, Beispiele und Hilfen dafür erhielten, Olga gewaltfrei zu erziehen, könnten sie möglicherweise ohne Gesichtsverlust ihr eigenes Erziehungsverhalten ändern. Sie würden sich damit wohler und sicherer fühlen. Zeigte sich jedoch, dass die Begegnung auf Augenhöhe keine kurzfristige Änderung im Erziehungsstil bewirken kann, bleibt vermutlich nur die Einschaltung des Jugendamts – wie bei einer Familie ohne Migrationshintergrund auch.

Damit Malika und Sharif ihren Sohn Edip einer Frühförderstelle anvertrauen können, brauchen sie Vertrauen, das ihnen eine möglicherweise traumatische Fluchterfahrung genommen hat. Sie brauchen das Gefühl absoluter Sicherheit. Erst dann können sie glauben, dass es ihrem Sohn Edip in der Frühförderung gut gehen wird. Um dies zu erreichen, könnten die Erzieher*innen die Bedingungen erfragen, unter denen die Eltern ihren Sohn in die Frühförderstelle bringen würden. Außerdem könnten sie erfahren, was die Eltern brauchen, damit sie die Erzieher*innen in ihre Wohnung lassen würden. Möglicherweise haben Malika und Sharif Ideen, die aufgegriffen und/oder modifiziert werden könnten.

In der Frage des *Wie lernt ein Kind am besten?* ringen die Erzieher*innen mit den beiden Elternpaaren nicht um richtig oder falsch. Stattdessen können sie dafür werben, es in der Einrichtung mit ihrem Erziehungsstil versuchen zu dürfen. Sie könnten anbieten, darüber im ständigen Austausch mit den Eltern zu bleiben. Dabei ist wichtig: Auch als Fachkraft darf ich Zweifel, Unsicherheiten und Ungewissheiten äußern und mich

neuen Sichtweisen anvertrauen. Vielleicht gelingt es so, mit gesellschaftlicher Vielfalt umzugehen, neue Wege zu beschreiten, Vertrauen zu fördern.

Um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen: Müssen Kommunikationswege bei Familien mit Migrationshintergrund grundlegend anders sein als bei deutschen? Entscheiden Sie selbst – in jedem Einzelfall von neuem.

Sei es noch so überzeugend: Kein Kommunikationsmodell kann garantieren, dass Kommunikation immer gelingt. Dennoch lohnt es sich, dass Sie es mit dem Modell der interkulturellen Kommunikation nach Georg Auernheimer versuchen.

Viel Erfolg dabei!



Methoden, die eine vertrauensvolle Kommunikation fördern

Auf den nächsten Seiten haben wir einige Überlegungen und Anregungen zu bewusstem Sprechverhalten und zur Arbeit mit Sprachmittler*innen für Sie zusammengestellt.

Beides kann für die Gestaltung einer vertrauensvollen Beziehung hilfreich sein. Unsere Anregungen können Sie durch eigene Erfahrungen ergänzen.

Wie man bewusstes Sprechverhalten einüben kann

- Sprechen Sie Namen richtig aus. Lassen Sie sich ungewohnte Namen lautsprachlich aufschreiben. Oder tun Sie es selbst, wenn Ihre Gesprächspartner*innen es nicht können.
- Beginnen Sie das Gespräch nicht mit der gut gemeinten Frage *Sprechen Sie Deutsch?* Reden Sie einfach! Sie werden rasch merken, ob Sie verstanden werden – und können dann immer noch gemeinsam überlegen, ob Sie eine Übersetzung benötigen.
- Sprechen Sie langsam und deutlich, ohne zu übertreiben oder die Stimme zu erheben.
- Sprechen Sie in kurzen Sätzen in einfacher Sprache. Vermeiden Sie Relativ- und Schachtelsätze sowie doppelte Verneinungen. Oder berücksichtigen Sie die Regeln Leichter Sprache.
- Viele von Ihnen sind Expert*innen für Unterstützte Kommunikation. Nutzen Sie diese Erfahrungen und verwenden Sie, wenn nötig, Materialien der Unterstützten Kommunikation.
- Fassen Sie das Wesentliche noch einmal kurz zusammen und/oder lassen Sie es von Ihren Gesprächspartner*innen zusammenfassen.
- Stellen Sie Fragen, die Ihr Gegenüber zu mehr als nur einem *Ja* oder *Nein* einladen. Einige Beispiele: Welche Unterstützung wünschen Sie sich von mir? Was würde Ihnen in dieser Situation helfen? Wer kann Sie entlasten? Wie können wir beide dazu beitragen, dass es X. besser geht?
- Fragen Sie interessiert und gezielt nach, wenn Sie etwas nicht verstehen.

Arbeiten mit Sprachmittler*innen

Wenn Sie mit Familien arbeiten, in denen kein oder sehr wenig Deutsch gesprochen wird, bietet es sich an,

mit Sprachmittler*innen zu arbeiten. Dies ist vor allem dann sinnvoll, wenn komplexe Sachverhalte vermittelt werden sollen (wie z. B. Diagnosen) oder gemeinsam ein Hilfeplan erarbeitet werden soll.

Gut zu wissen

Sprachmittler*innen können eidesstattlich vereidigte Dolmetscher*innen oder Übersetzer*innen sein oder auch ehrenamtlich arbeitende Menschen mit Migrationshintergrund, die entsprechend professionell geschult sind.

INTERPRET, die schweizerische Interessengemeinschaft für interkulturelles Dolmetschen hat die Methode des Trialogs, eines Dialogs zu Dritt, entwickelt. Wie funktioniert der Dialog zu Dritt? Welche Kompetenzen benötigen Fachkräfte und Dolmetscher*innen? Was ist sonst zu beachten? Allgemeines Wissen dazu, aber auch Lernvideos und Materialien für die Didaktik bietet eine Lernplattform. INTERPRET konzipierte sie für Fachkräfte und Dolmetscher*innen (Link siehe Anhang).

Weitere Informationen zum Konzept der Sprach- und Kulturmittlung finden Sie auf dem Portal für Sprach- und Integrationsmittlung in Deutschland der Sprint Servicestelle bei der Diakonie Wuppertal. Dort finden Sie auch Adressen von Angeboten in Ihrer Umgebung (Link siehe Anhang).

Darüber hinaus gibt es in vielen Kommunen Pools ehrenamtlich arbeitender Sprachmittler*innen, die professionell geschult wurden. Träger solcher Angebote sind häufig die Kommunen selber oder auch Migrantenselbstorganisationen. Fragen Sie dazu am besten bei der oder dem Integrationsbeauftragten in Ihrer Kommune nach.

Geht es um kurze Gespräche über Absprachen oder Organisatorisches, kann auch eine Übersetzungs-App weiterhelfen. Hinweise zu Apps und digitalen Übersetzungsprogrammen finden Sie im Internet.



Bei der Zusammenarbeit mit Sprachmittler*innen sollten Sie beachten

- Sprachmittlung ist gleichzeitig auch immer Kulturmittlung. Daher ist es wichtig, dass die Übersetzer*in dies nicht nur verbal tut. Sie sollte in der Lage sein, den sozialen und kulturellen Kontext einzuschätzen und zu übersetzen. Dazu ein Beispiel: Der Satz *Sie wissen ja, ich bin Kurdin* gibt Aufschluss über die ethnische Zugehörigkeit, das Selbstbild und die Identifikation der Sprecherin. Er deutet an, dass sie sich aufgrund dieser Tatsache nicht oder gerade deshalb in der Lage sieht, eine in sie gesetzte Erwartung zu erfüllen. Ein*e gute*r Sprachmittler*in kann den Inhalt wörtlich übertragen und den sozialen Kontext als Erläuterung kenntlich machen.

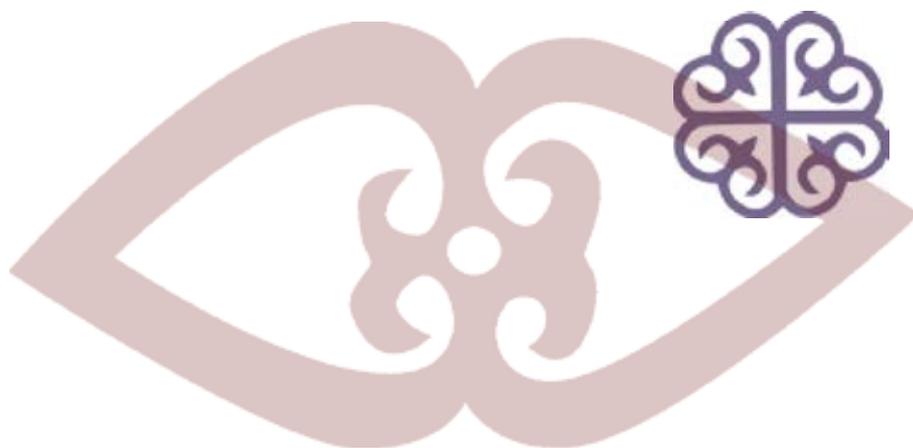
- Lassen Sie niemals Kinder für ihre Eltern übersetzen. Sie vertauschen dadurch Erwachsenen- und Kinderrollen.
- Wenn Sie Familienangehörige oder Nachbar*innen bitten: Bedenken Sie, dass nicht jede*r persönliche Angelegenheiten vor Bekannten öffentlich machen will. Häufig ist es auch eine Frage des Respekts, was vor wem angesprochen werden kann. Ein Risiko des Übersetzens durch Nachbar*innen etc. besteht darin, dass diese oft eigene Haltungen in das Gespräch einfließen lassen. Oder dass Sie aus Diskussionen zwischen Übersetzenden und Kund*innen ausgeschlossen werden.
- Auch gut Deutsch sprechende oder mehrsprachige Personen sind nicht zwangsläufig in der Lage, komplexe Sachverhalte in Fachsprache zu erfassen und richtig zu übersetzen. Hauswirtschaftliches Personal in Einrichtungen ist es beispielsweise nicht. Beachten Sie dies bitte bei der Wahl der Übersetzer*innen.
- In einigen Diensten und Einrichtungen der Behindertenhilfe arbeiten mittlerweile Fachkräfte mit Migrationshintergrund. Sie werden häufig als Sprachmittler*innen eingesetzt. Das ist eine naheliegende und praktische Lösung. Allerdings sollte es für ihren Einsatz klare und transparente Spielregeln geben. So lassen sich Rollenkonflikte und Arbeitsüberlastung vermeiden. Dabei ist zu bedenken: Gehört die Sprachmittlung zur Arbeitsplatzbeschreibung der mehrsprachigen Fachkraft? Sind dafür zeitliche Ressourcen eingeplant worden? Ist sie entsprechend professionell geschult worden? In welcher Rolle tritt die mehrsprachige Fachkraft auf – lediglich als Sprachmittler*in oder als sprachmittelnde Fachkraft?
- Vergessen Sie nicht: Nur von professionell geschulten Sprachmittler*innen können Sie erwarten, dass Informationen vertraulich behandelt werden. Nehmen Sie Bedenken ernst, dass Gesprächsinhalte in der *Community* die Runde machen könnten. Und wählen Sie gegebenenfalls jemand anderen für die Übersetzung aus.
- Nicht selten gibt es politische Vorbehalte gegen Dolmetscher*innen. Oft dann, wenn diese nicht der gleichen ethnischen Minderheit oder Mehrheit angehören. Oder wenn deutlich unterschiedliche Lebensentwürfe gelebt werden.
- Bedenken Sie schließlich: Komplizierte Sachverhalte und Fachsprache lassen sich oft nicht 1:1 übersetzen. Manchmal braucht es Umschreibungen oder Beispiele, um das Gemeinte zu veranschaulichen. Vertrauen Sie daher der Person, die übersetzt. Wenn sie aus Ihren zwei Sätzen möglicherweise zehn und mehr macht, hat das seine Berechtigung. Aber vertrauen Sie ruhig Ihrem Gefühl, wenn Sie den Eindruck haben, dass nicht übersetzt, sondern bewertet wird.
- Planen Sie ausreichend Zeit für ein Gespräch mit Dolmetscher*innen ein. Die Faustregel lautet: Nehmen Sie sich mindestens die doppelte Zeit, wie für ein Gespräch in deutscher Sprache.

Wie man Sprachmittlung auch ohne Finanzierung ermöglichen kann

So wichtig der Einsatz von Sprachmittler*innen ist, so schwer fällt die Finanzierung. Auch wenn man weiß, wie wichtig eine vertrauensvolle Kommunikation mit eingewanderten Eltern ist, die wenig oder kaum Deutsch sprechen. Aber Kosten für die Sprachmittlung werden in der Regel von den Kostenträgern nicht übernommen. Das Problem besteht im gesamten Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich. Es betrifft alle Organisationen, die mit eingewanderten Eltern arbeiten, nicht nur die Dienste und Einrichtungen der Behindertenhilfe. Daher sind Einfallsreichtum und Strategien gefragt, um dieses strukturelle Defizit auszugleichen. Und um Ihre Organisation langfristig auf Mehrsprachigkeit auszurichten:

- Richten Sie Ihre Personalentwicklung und -gewinnung auf Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen aus:
 - Ein erster Schritt kann sein, systematisch zu erheben, welche Sprachkompetenzen die Mitarbeiter*innen und Ehrenamtlichen haben. Sie werden vielleicht überrascht sein, welches ungenutzte Potenzial in Ihrer Organisation schlummert.
 - Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen können zu einem Kriterium bei Neueinstellungen gemacht werden. Sie sollten auch bei der Gewinnung von Ehrenamtlichen eine Rolle spielen.
- Vernetzen Sie sich mit Migrantenorganisationen, der Migrationssozialarbeit und anderen Akteuren:
 - In vielen Kommunen gibt es Arbeitsgruppen oder Runde Tische. Hier können sich Akteure der Behindertenhilfe und der Migrationsarbeit austauschen und vernetzen. Häufig gehören auch Migrantenselbstorganisationen dazu. Nutzen Sie diese Angebote, um von anderen Organisationen zu lernen. Eventuell finden Sie auf diesem Wege Kooperationspartner*innen für den Aufbau eines Pools von Sprachmittler*innen.
 - Falls es in Ihrer Kommune noch keine entsprechenden Angebote gibt: Ergreifen Sie selbst die Initiative. Bauen Sie selbst ein Netzwerk auf. Da die Erschließung eines neuen Netzwerks zeitliche und personelle Ressourcen benötigt, könnten Sie dafür auch ein Projekt initiieren. Anträge auf finanzielle Unterstützung können Sie unter anderem bei der Aktion Mensch stellen. Dienste und Einrichtungen der Lebenshilfe können sich dazu beim Fördermittel-Team der Bundesvereinigung Lebenshilfe beraten lassen.

Weitere Anregungen zum Aufbau von Strukturen der Sprachmittlung finden Sie im folgenden Teil der Broschüre. Darin stellen wir Ihnen Beispiele guter Praxis zur Unterstützung der Selbsthilfe von eingewanderten Eltern vor.







Teil 3 Perspektive Praxis

Selbsthilfegruppen eingewanderter Familien mit behinderten Angehörigen

Es gibt sie: Familien mit Migrationshintergrund und behinderten Angehörigen, die sich in der Selbsthilfe engagieren. Sie sind Mitglieder in Selbsthilfegruppen, gründen diese und entwickeln sie zu anerkannten Selbsthilfeorganisationen. Auffällig an diesem Engagement ist, dass es häufig jenseits der etablierten Selbsthilfestrukturen im Hilfesystem für Menschen mit Behinderung stattfindet und auch jenseits etablierter Strukturen der Migrantenselbstorganisationen. Dies verweist einmal mehr auf ein grundsätzliches Problem der Menschen, auf die beide Kriterien – behindert und eingewandert – zutreffen: Den etablierten Strukturen fällt es bislang noch schwer, deren spezifische Bedürfnisse wahrzunehmen und entsprechende Angebote zu machen.

Zwar liegen uns keine genauen Zahlen darüber vor, wie viele Selbsthilfe-Initiativen eingewanderter Familien mit behinderten Angehörigen es derzeit in Deutschland gibt. Auch fehlen Informationen dazu, wer sich dort engagiert. Wir wissen lediglich: Es sind noch viel zu wenige, aber ihre Zahl wird langsam größer. Die Gründungspersonlichkeiten sind häufig weiblich und haben oft türkische Wurzeln. Dies hängt selbstverständlich auch damit zusammen, dass türkeistämmige Migrant*innen nach wie vor eine der größten Einwanderergruppen in Deutschland bilden. Die Selbsthilfeorganisationen von Migrant*innen tragen zur Sensibilisierung für die Bedürfnisse und Probleme eingewanderter Familien mit behinderten Angehörigen bei. Und zwar sowohl in der Behindertenhilfe als auch in den *Communities* der Migrant*innen. Sie übernehmen eine wichtige Funktion als Brückenbauerinnen zwischen den Strukturen des Hilfesystems und den eingewanderten Familien. Und sie sind und werden als Partnerinnen etablierter Akteure der Behindertenhilfe immer wichtiger. Dies liegt auch daran, dass die Selbsthilfe heute eine etablierte Säule der Behindertenhilfe ist. Außerdem ist das Bewusstsein dafür gewachsen, dass herkömmliche Selbsthilfeangebote Menschen mit Migrationshintergrund kaum erreichen.

Vier Selbsthilfe-Initiativen eingewanderter Eltern wollen wir Ihnen hier vorstellen:

- den Türkisch-Deutschen Verein zur Integration behinderter Menschen e. V. aus Nürnberg
- den Verein zur Unterstützung behinderter Migrant*innen UMUT e. V. aus Hannover
- die Berliner Selbsthilfeorganisation MINA – Leben in Vielfalt e. V.
- InterAktiv e. V. – Verein zur Förderung eines gleichberechtigten Lebens von Menschen mit Behinderung aus Berlin

Bis auf InterAktiv e. V., die an diesem Tag ihre ersten eigenen Räume eröffneten, waren sie alle im November 2014 an dem Fachtag zum Thema *Migrantische Elternselbsthilfe in den Einrichtungen der Lebenshilfe stärken* beteiligt (vgl. Zur Entstehung der Broschüre).

Der Türkisch-Deutsche Verein zur Integration behinderter Menschen e. V. (TIM)

Gegründet wurde der Türkisch-Deutsche Verein zur Integration behinderter Menschen e. V. (TIM) 1986. Er ist damit die älteste heute noch bestehende Selbsthilfeorganisation eingewanderter Familien mit behinderten Angehörigen in Deutschland. Der Impuls zur Gründung kam von der Familie Erdemir. Sie war in den 80er Jahren aus der Türkei nach Nürnberg gezogen. Der hohe medizinische Standard in Deutschland war einer der wichtigsten Gründe für die Migrationsentscheidung. Denn die Erdemirs hatten einen Sohn mit Behinderung und wollten ihn gut versorgt und gefördert wissen. Damals wurde in Bayern noch von den „Gastarbeitern“ gesprochen, entsprechend schlecht war das Unterstützungssystem für Menschen mit Behinderung auf die Bedürfnisse



von Einwander*innen ausgerichtet. Ähnlich wie Donja Amirpur es in ihrem Beitrag in dieser Broschüre beschreibt, war die Familie auf der Suche nach Unterstützung mit enormen Barrieren zum deutschen Gesundheits- und regionalen Unterstützungssystem konfrontiert. Kamile Erdemir beschloss, mit anderen türkeistämmigen Eltern die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Und gründete TIM. Der Verein sollte eine Brücke zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und behinderten Angehörigen und Nürnberger Einrichtungen der Behindertenhilfe und dem Gesundheitssystem werden.

Heute lebt Frau Erdemir die Hälfte des Jahres in der Türkei. In Nürnberg erledigen zwei halbtags angestellte Fachkräfte die Vereinsarbeit, unterstützt von vielen Ehrenamtlichen. Eine von ihnen ist Annette Weigand-Woop, aus deren Perspektive wir den Verein hier vorstellen. Dass es 1986 überhaupt zur Vereinsgründung kam und TIM sich als Selbsthilfeorganisation und Beratungsstelle weiter professionalisieren konnte, war damals alles andere als selbstverständlich. „Frau Erdemir hatte anfangs enorme Schwierigkeiten, in der Stadt Gehör zu finden“, sagt Frau Weigand-Woop. Erst durch Öffentlichkeitsarbeit, Gespräche mit

politischen Entscheidungsträgern und die Aufnahme im Paritätischen Wohlfahrtsverband gingen Türen auf. „Dann aber auch sehr schnell“, fügt sie hinzu. Unerlässlich dafür war damals die Vernetzung, die in den Gründungsjahren enorme Energie gekostet hatte. Und auch die Einbindung einer deutschsprachigen ehrenamtlichen Pädagogin, die die regionalen Unterstützungsstrukturen kannte.

Inzwischen sind die Angebote des Vereins vielfältiger geworden. Heute wendet er sich an alle Menschen mit Migrationshintergrund. Frau Weigand-Woop, die seit zwei Jahrzehnten dabei ist, berichtet von Klienten aus Sri Lanka und dem arabisch- und russischsprachigen Raum. Rund 30 Betroffene seien es, die regelmäßig in den Verein kämen. Rückgrat des Vereins waren dabei schon immer die Ehrenamtlichen. Alle teilen die Erfahrung der Migration nach Deutschland und haben oft selbst Angehörige mit Behinderung. Sie können, wenn nötig, bei den Beratungsgesprächen der angestellten Fachkräfte übersetzen oder aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen selbst beraten. Ziel von TIM ist es, Familien bei der Selbstorganisation und Selbsthilfe zu unterstützen und sie im Umgang mit behinderten Angehörigen und dem Hilfesystem zu stärken. Neben den Beratungs-

und Unterstützungsangeboten gibt es diverse Kurse: Zum Beispiel eine türkischsprachige Eltern-Kind-Gruppe und eine Selbsthilfegruppe für pflegende Angehörige.

Für Einrichtungen der Behindertenhilfe, die Menschen mit Migrationshintergrund betreuen, ist TIM inzwischen ein unverzichtbarer Ansprechpartner in der Region. Zum Beispiel für die zahlreichen Kindertagesstätten und Schulen in Trägerschaft der Lebenshilfe Nürnberg. „Wenn es dort Probleme mit sprachlichen Barrieren gibt, kommt man auf uns zu“, erzählt Frau Weigand-Woop. So wandte sich kürzlich eine Sozialpädagogin der örtlichen inklusiven Jakob-Muth-Schule an TIM: Sie wollte einer nur Türkisch sprechenden Mutter eines behinderten Kindes dabei helfen, Anträge für Unterstützungsleistungen auszufüllen. Der Verein schickte eine der TIM-Ehrenamtlichen mit türkischem Migrationshintergrund zu ihr, die durch ihr eigenes Kind Erfahrungen mit diesen Anträgen hatte.

2012 erweiterte der Verein sein Angebotspektrum: Ein *internationaler Helferinnenkreis* besucht Menschen mit Migrationshintergrund, die ältere Angehörige pflegen oder selbst im frühen Stadium an Demenz erkrankt sind. Sie beraten über Leistungen der Pflegeversicherung und andere Entlastungsmöglichkeiten. Oder die Ehrenamtlichen unterstützen selbst im Haushalt und Alltag. Finanziert wird dieses Angebot durch die Pflegeversicherung.

Die Vereinsarbeit von TIM wird zum Großteil durch Fördergelder finanziert, zum Beispiel durch die GlücksSpirale und die Aktion Mensch. Der Bezirk Mittelfranken finanziert eine Stelle im Verein, die Stadt Nürnberg stellt vergünstigt Räume zur Verfügung.



Verein zur Unterstützung behinderter Migranten – UMUT e. V., Hannover

Auch diese Selbsthilfeorganisation kann mittlerweile auf eine lange Geschichte zurückblicken. UMUT e. V. begann Anfang der 80er Jahre als Selbsthilfegruppe von türkeistämmigen Eltern mit behinderten Kindern. Und auch bei UMUT war es eine engagierte Persönlichkeit, die die Sache in die Hand nahm: Halil Polat. Er ist bis heute Vorsitzender des Vereins. Aus seiner Perspektive stellen wir UMUT vor.

Halil Polat war zehn Jahre alt, als er aus der Türkei nach Hannover kam. 15 Jahre danach, also Ende der 80er Jahre, sprach er sehr gut Deutsch, hatte die Schule erfolgreich abgeschlossen und war gerade dabei, sich einen Studienplatz zu suchen. Und plötzlich kam alles anders. Seine kleine Tochter erkrankte an einer schweren Meningitis und war fortan behindert. Im Gegensatz zu Familie Erdemir fiel es Herrn Polat damals nicht schwer, sich im deutschen Unterstützungssystem für Menschen mit Behinderungen zurechtzufinden. Er suchte Hilfe in verschiedenen Selbsthilfegruppen für Eltern von Kindern mit Behinderung. „Ich merkte, dass es kaum Gruppen gab, bei denen auch Menschen mit Migrationshintergrund dabei waren“, erzählt er. Ihn ließ das nicht los. Zusammen mit anderen türkischsprachigen Bekannten gründete er eine Selbsthilfegruppe für Eltern von behinderten Kindern. „Ich wollte meiner Tochter, mir und anderen damit helfen“, sagt er rückblickend.

Am Ziel hat sich im Laufe der Jahre nichts geändert. Es ging und geht nach wie vor darum, Menschen mit Migrationshintergrund und behinderten Angehörigen den Zugang zum Unterstützungssystem in Hannover zu erleichtern. In der Gruppe sollten Betroffene von den Erfahrungen der Einzelnen profitieren. Erst waren es drei Eltern, die zu den Treffen kamen, 1996 dann schon mehr als zwei Dutzend. „Der Bedarf in Hannover war offenbar sehr groß“, erinnert sich Herr Polat. 1996 gründeten er und die anderen den Verein zur Unterstützung behinderter Migranten – UMUT e. V. Beraten werden Menschen mit Behinderung und deren Angehörige, auf ehrenamtlicher Basis. Heute gibt es ein Kernteam von acht Helfer*innen. Die meisten von ihnen haben einen türkischen Migrationshintergrund, eine Mitarbeiterin einen iranischen. Sie machen Hausbesuche bei den rund 100 Vereinsmitgliedern oder beraten in den Vereinsräumen, die sich als

Treffpunkt für Angehörige etabliert haben. Vor allem geht es um Sprachbarrieren beim Beantragen von Hilfen und um Informationen darüber, welche Angebote es überhaupt gibt. Angehörige, die sich allein gelassen fühlen, finden hier Bestärkung, indem sie sich austauschen.

Herr Polat erzählt von einer Familie, die er schon seit Jahren begleitet. Die Mutter kümmert sich um zwei mehrfach behinderte Kinder und zusätzlich um ihren Mann, der seit einem Schlaganfall ebenfalls stark beeinträchtigt ist. Als Herr Polat das erste Mal die Wohnung betrat, war er schockiert: „Ich konnte nicht glauben, was ich sah“, erinnert er sich. In der Wohnung herrschte Chaos, die Mutter rieb sich bei der Pflege ihrer Familie auf. „Sie wusste einfach nicht, an wen sie sich wenden kann.“ Herr Polat unterstützte die Mutter dabei, für ihre Kinder statt der Pflegestufe 1 die Pflegestufe 3 durchzusetzen. Der Vater, für den es bis dahin überhaupt keine Unterstützung gab, bekam die Pflegestufe 2 zuerkannt. Bis heute ist UMUT regelmäßig bei der Familie, unterstützt bei der Kommunikation mit Ämtern und Kassen und bei

der Beantragung der notwendigen Hilfsmittel und Unterstützungsleistungen.

UMUT steht im regen Austausch mit anderen Trägern der Behindertenhilfe und anderen Selbsthilfevereinen. In vielen war Herr Polat selbst Mitglied: unter anderem bei *Gemeinsam Leben – gemeinsam Lernen Hannover*, ein Verein, der sich für inklusive Schulbildung einsetzt. Die Vernetzung, so Herr Polat, sei vor allem in der Anfangszeit wichtig gewesen. So habe sich die Selbsthilfegruppe in Räumen anderer Vereine treffen können. Heute sei das Angebot von UMUT bei den Organisationen der Behindertenhilfe in Hannover bekannt. „Dort wendet man sich auch zuerst an uns, wenn es Fragen zum Thema Migration gibt“, fügt er hinzu.

Für andere Migrantenselbstorganisationen wiederum ist UMUT Partner bei Fragen zu Behinderungen. Zusammen werden auch regelmäßige Informationsveranstaltungen angeboten, um betroffene Menschen mit Migrationshintergrund anzusprechen und auf die Möglichkeit zur Selbsthilfe, Beratung und Unterstützung aufmerksam zu machen. Über





mangelnde Nachfrage kann Herr Polat nicht klagen. „Schön wäre es, wenn wir das Ganze irgendwann auf eine hauptamtliche Basis stellen könnten“, sagt er.

Denn nach wie vor wird die Vereinsarbeit ehrenamtlich getragen. Neben Selbsthilfegruppen machen ehrenamtliche Helfer*innen Hausbesuche bei betroffenen Familien und beraten diese zu behinderungsspezifischen Problemen. Sehr oft geht es um Entlastungsmöglichkeiten und die finanzielle Unterstützung durch die Pflegekasse. Die Helfer*innen haben meist selbst Angehörige mit Behinderung. Manche haben eine körperliche Behinderung und daher eigene Erfahrungen im Kampf mit den Kostenträgern. Durch monatliche Informationsveranstaltungen werden die Mitglieder auf dem aktuellen Stand gehalten. Seit Kurzem wird in den Räumen von UMUT auch eine psychosoziale Beratung auf Türkisch oder auf Deutsch angeboten. Hier können alle Themen rund um die Betreuung von behinderten Angehörigen angesprochen werden, zum Beispiel gesundheitliche, erzieherische, schulische oder organisatorische Fragen. Geplant ist, in naher Zukunft niedrigschwellige Betreuungsangebote zu machen.

Immerhin zahlt die Stadt Hannover seit Kurzem die Miete für die Vereinsräume. Darüber hinaus finanziert

sich der Verein ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

Die folgenden beiden Beispiele porträtieren zwei Selbsthilfeorganisationen: MINA – Leben in Vielfalt e. V und InterAktiv e. V., die erst vor wenigen Jahren gegründet wurden. Sie stammen beide aus Berlin. Im Vergleich zu TIM e. V. und UMUT e. V. ist es beiden Organisationen vergleichsweise schnell gelungen, sich zu professionalisieren. Sicher hängt dies damit zusammen, dass das Bewusstsein bei Kommunen für die Notwendigkeit, Migrantenselbstorganisationen zu fördern, im Vergleich zu den 80er und 90er Jahren gewachsen ist. Aber auch diese beiden Beispiele zeigen: Eine dauerhafte Finanzierung sicherzustellen, ist für Migrantenselbstorganisationen im Bereich Behinderung nach wie vor eine große Herausforderung. Das ehrenamtliche Engagement vieler und der unermüdliche Einsatz einzelner Gründungspersönlichkeiten in der Netzwerk- und Lobbyarbeit sind die tragenden Säulen dieser Selbsthilfeorganisationen.





MINA – Leben in Vielfalt e. V.

Für Berliner Eltern behinderter Kinder mit arabischem oder türkischem Migrationshintergrund gab es 2010 keine speziellen Selbsthilfe- oder Beratungsangebote. Daher schlossen sich Frauen und Männer mit Migrationsgeschichte, die seit Jahren im Bereich Migration, Gesundheit, Bildung und Behinderung arbeiten und selber Angehörige mit Behinderung haben, zu MINA – Leben in Vielfalt e. V. zusammen. Eine von ihnen ist Yıldız Akgün, ausgebildete Sozialberaterin und Mutter einer gehörlosen Tochter. Sie leitet heute die Beratungs- und Kontaktstelle, die MINA 2012 mit Hilfe einer Förderung der Aktion Mensch eröffnet hat. Aus ihrer Perspektive stellen wir die Arbeit von MINA vor.

„Es gab damals einfach keine solchen Angebote“, sagt Frau Akgün. Anfangs habe man in Moscheen und in anderen Migrantenorganisationen für das Angebot geworben, inzwischen „ist das nicht mehr nötig“, fügt sie hinzu. Eltern kämen heute zum Verein, um Beratung über Unterstützungsmöglichkeiten für ihre Kinder zu bekommen, um sich in Selbsthilfegruppen zusammenzuschließen oder sich in andere Einrichtungen der Behindertenhilfe vermitteln zu lassen.

Der Selbsthilfegedanke, aus dem der Verein entstand, ist prägend für die Vereinsarbeit. So gibt es neben einer Gruppe für türkischsprachige Mütter auch Gruppen für türkisch- oder arabischsprachige Väter. Männer mit Migrationshintergrund und behinderten Kindern „sollen motiviert werden, sich noch aktiver in die Erziehungsarbeit einzubringen“, erklärt Frau Akgün. „Wir wissen auch, dass daran ein großes Interesse besteht, wenn es denn Gruppenangebote mit

anderen Vätern gibt.“ Das Projekt *Starke Väter – starke Familien* wird unterstützt von der Senatsverwaltung für Integration. Seit Kurzem gibt es auch einen arabischsprachigen Mann unter den Berater*innen. „Es ist leider nicht so leicht, männliches Personal in diesem speziellen Bereich zu finden“, sagt Frau Akgün.

Die Beratungsstelle von MINA steht für hohe sprachliche Zugänglichkeit für möglichst alle Ratsuchenden. Das gilt nicht nur für Türkisch und Arabisch, die in dem Kreuzberger Verein zum Standard gehören. Die Beratungsstelle für Eltern behinderter Kinder kann auch sonst auf Augenhöhe reden – viele im Team haben Kinder mit Behinderung. „Vertrauen entsteht bei den Eltern schnell, wenn wir von der eigenen Situation berichten“, erläutert Frau Akgün. Außerdem bieten die Mitarbeiter*innen bei Bedarf auch Beratungen in Leichter Sprache und in Gebärdensprache an. Die sprachlichen Hürden so gering wie möglich zu halten, ist für MINA trotz der Mehrsprachigkeit der Mitarbeiter*innen nicht immer leicht. Mittlerweile wenden sich auch viele Flüchtlinge an den Verein. Für den Verein ist das ebenso wie für alle Dienste und Einrichtungen der Behindertenhilfe eine Herausforderung. Denn aufgrund des eingeschränkten Zugangs zu Leistungen für Menschen mit Behinderungen, der durch das Asylbewerberleistungsgesetz vorgegeben wird, nehmen diese Beratungen viel Zeit in Anspruch. Das überschreitet bei weitem die Kapazitäten des einzigen arabischsprachigen Mitarbeiters. Die anderen Berater*innen sichern die Verständigung durch Vereinsmitglieder, die ehrenamtlich dolmetschen. Das hilft allerdings nur bei arabischsprachigen Flüchtlingen.

Neben Sozialberater*innen arbeiten im Verein vor allem Fachkräfte der Heilpädagogik, und auch eine Sozialökonomin. Sie alle haben Migrationshintergrund und Angehörige mit Behinderungen. Ziel der Beratungen und Selbsthilfegruppen ist es, Eltern in ihrer Erziehung zu bestärken, indem man sie ermutigt, die ihnen zustehende Unterstützung auch einzufordern. „Vielen ist gar nicht bewusst, was für Teilhabemöglichkeiten sie haben“, meint Frau Akgün. Oft suchten Eltern erst einmal nur Beratung zu praktischen Fragen, etwa zu Anträgen bei schweren Behinderungen. „Daraus ergibt sich meist ein Gespräch über eigene Wünsche und Sorgen“, so Frau Akgün weiter. Sie versuche dann, Eltern zu motivieren, in die Selbsthilfegruppen zu kommen. Das sei die beste Bestärkung. Wenn die Betroffenen als Gemeinschaft zusammenwüchsen. Deshalb gibt es bei MINA neben einer Chorgruppe für Mütter auch ein Theaterprojekt für Menschen mit und ohne Behinderung.

2012 konnten die Beratungsangebote bei MINA ausgebaut werden. Gefördert durch die Aktion Mensch wurde eine Kontakt- und Beratungsstelle eröffnet, geleitet wird diese von Frau Akgün. Mit einer Kollegin berät sie im Monat rund 400 Menschen. Mitunter würden Angehörige zu Bezirksämtern begleitet, sagt sie. Sie hofft, dass die Beratungsstelle nach Auslaufen der

Förderung durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales weiter finanziert wird. Schon jetzt gibt es von dort eine anteilige Finanzierung. „Ich bin optimistisch, dass das klappt. Unsere Arbeit wird von der Verwaltung ja sehr geschätzt“, meint Frau Akgün.

MINA ist über die Verwaltung hinaus in der Stadt gut vernetzt. So arbeitet der Verein mit Migrantenselbstorganisationen und Trägern der Migrationssozialarbeit und der Behindertenhilfe zusammen. Außerdem ist MINA Mitglied im Berliner Fachforum *Migration und Behinderung* der AWO, im Behindertenbeirat des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg sowie im Netzwerk Menschen mit Behinderung im Job Center.

Gut zu wissen

Das Fachforum *Menschen mit Behinderung und Zuwanderungsgeschichte in Berlin – Netzwerk für Integration und Inklusion* wurde 2010 ins Leben gerufen. Es ist ein freier Zusammenschluss von vierzig Organisationen und Vereinen aus den Bereichen Behindertenhilfe, Migrationsarbeit und Selbstorganisationen von Menschen mit Behinderung bzw. Menschen mit Migrationshintergrund. Ziel des Fachforums ist es, durch Erfahrungsaustausch, Vernetzung und Kooperationen zwischen den Mitgliedsorganisationen Zugangsbarrieren für eingewanderte Menschen mit Behinderung abzubauen. Das Fachforum ist ein Angebot der Fachstelle *Migration und Behinderung* der AWO Berlin, die gleichzeitig auch die Bezirke, freie Träger und Selbstorganisationen bei der Entwicklung inklusiver Angebot für Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung berät und unterstützt (Link im Anhang).



InterAktiv, Verein zur Förderung eines gleichberechtigten Lebens für Menschen mit Behinderung e. V.

Die Arbeit des Vereins InterAktiv stellen wir aus der Perspektive der Vereinsvorsitzenden Sevgi Bozdağ vor. In ihrer Welt spielten Menschen mit Behinderung lange keine Rolle. „Ich schämte mich dafür“, sagt sie heute, wenn sie sich an ein bewegendes Treffen im Jahr 2007 erinnert. Damals war Frau Bozdağ, die sich mit ihrem Ehemann in einer türkisch-deutschen Unternehmervereinigung engagiert, in Behindertenwerkstätten unterwegs, um dort für Menschen Anknüpfungspunkte an den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Sie war beeindruckt von einer Frau mit spastischer Lähmung. „Sie strahlte eine ungeheure Energie aus, und es war mir peinlich, dass ich diese Seite von Behinderung vorher nie gesehen hatte“, erzählt Frau Bozdağ. Sie hatte kurz zuvor selber wegen einer schweren Operation eine Schwerbehinderung mit einem Grad von 50 Prozent bescheinigt bekommen und konnte nur noch halbtags in ihrem Ingenieursberuf arbeiten. Ihre persönliche Situation

und diese Begegnung waren der Auslöser dafür, dass sie sich fortan intensiver mit dem Thema Behinderung beschäftigte.

Bis zur Gründung von InterAktiv am 11. November 2011 dauerte es allerdings noch. Zuvor stellte Frau Bozdağ innerhalb der Türkisch-Deutschen Frauenvereinigung zu Berlin zusammen mit anderen Vereinsmitgliedern 2008 ein Projekt auf die Beine, das sich an türkischsprachige Familien mit behinderten Angehörigen wendete. „Weil wir bemerkten, dass vor allem Mütter in diesen Familien unter großem Druck stehen und viele Fragen haben, sich aber in den damals bestehenden Selbsthilfeangeboten nicht aufgehoben fühlten.“, erklärt sie. Zwar lief das Projekt gut an, konnte aber nicht wie angestrebt ausgebaut werden. „Ich wollte ein breiteres Angebot schaffen, Förderanträge wurden aber abgelehnt, immer mit dem Verweis darauf, dass dies nicht in den Vereinsstatuten als Ziel formuliert ist“, so Frau Bozdağ weiter.

Die Gründung eines auf die Arbeit an der Schnittstelle von Migration und Behinderung ausgerichteten Vereins war für Frau Bozdağ daher die logische Folge. Mitstreiter*innen fand sie durch ihre bestehenden Kontakte schnell: Neben zwei türkischsprachigen





Müttern von Kindern mit Behinderung gehörten dazu der Leiter des Bildungsbereichs einer Behindertenwerkstatt, außerdem eine türkischsprachige Sozialarbeiterin und zwei Expertinnen für Unterstützte Kommunikation. Sie alle engagieren sich bis heute im Verein, knapp 30 Ehrenamtliche gibt es inzwischen.

Die Arbeit von InterAktiv begann mit einer Selbsthilfegruppe für türkischsprachige Mütter, kurz darauf wurde wegen der großen Nachfrage eine weitere gegründet. Wenig später startete die Selbsthilfegruppe Epilepsie für Betroffene und Angehörige und eine Gruppe zum Thema Diabetes. InterAktiv kooperiert mit der Deutschen Epilepsievereinigung und der Pädiatrischen Diabetologie der Universitätsklinik Charité. Seit 2014 gibt es eine Vätergruppe, sie wird von einem türkischsprachigen Psychotherapeuten ehrenamtlich begleitet.

Im Jahr 2014 bezog InterAktiv eigene Räume und stellte zwei hauptamtliche Mitarbeiterinnen ein. Die Berliner Senatsverwaltung für Soziales erkannte InterAktiv im selben Jahr auch als Träger niedrighschwelliger Betreuungsleistungen an. Das ermögliche es, so Frau Bozdağ, einen familienentlastenden Dienst anzubieten, der über die Pflegekassen abgerechnet werden könne. Außerdem unterstützt die AOK Nordost seit 2012 das Projekt *Mehr Wissen – mehr Teilhabe – mehr Gesundheit*, in dessen Rahmen Informationsveranstaltungen

angeboten und Familien bei Barrieren zum Hilfesystem unterstützt werden. Insgesamt werden derzeit rund 120 Familien von InterAktiv betreut oder beraten. „Ohne Hauptamtliche funktioniert so etwas nicht, dafür sind diese Aufgaben zu komplex und zeitaufwendig“, sagt Frau Bozdağ. Leider sei bis jetzt offen, ob die Förderung auch über 2016 hinaus gewährt werde.

Gerade werden von InterAktiv vier neue Selbsthilfegruppen initiiert, darunter erstmals eine multikulturelle Müttergruppe und eine Gruppe für Eltern von Kindern, die das Down-Syndrom haben. So will InterAktiv den verschiedenen Bedarfen der Familien gerecht werden und auch den interkulturellen Austausch innerhalb des Vereins fördern. Denn prinzipiell versteht sich InterAktiv als Anlaufstelle für alle zugewanderten Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige. Aber um das zu werden, muss der Verein ebenso wie Organisationen ohne Migrationsbezug offen für die Bedarfe der Familien sein und entsprechende Angebote entwickeln.

Geplant sind nun erstmals Projekte im Kulturbereich. Gerade wird eine interkulturelle inklusive Theatergruppe aufgebaut und eine Zeitschrift zum Thema *Gesundheit und Migration* initiiert. Ebenso wie MINA ist InterAktiv Mitglied des Fachforums *Migration und Behinderung*.

Das Mentorenprojekt *Migranteneltern helfen Migranteneltern*, Landeshauptstadt Stuttgart und Elternstiftung Baden-Württemberg

Einen anderen Weg, Selbsthilfestrukturen eingewandelter Eltern mit behinderten Kindern zu initiieren und zu stärken, ging die Landeshauptstadt Stuttgart. Gemeinsam mit Vertreter*innen der Behindertenhilfe, des staatlichen Schulamts Stuttgart, des Gesundheitsamts, des Kindergästehauses des Caritasverbands Stuttgart und der gemeinnützigen Elternstiftung Baden-Württemberg gründete sie 2008 den Arbeitskreis *Migration und Behinderung*. Daraus entstand die Idee zu dem interkulturellen Elternmentorenprojekt *Migranteneltern helfen Migranteneltern*. „Wegen der eigenen Betroffenheit und dem Migrationshintergrund werden andere Eltern viel besser erreicht, zumal die Kontakte oft schon bestehen“, so Projektleiterin Ayşe Özbabacan von der Abteilung Integration der Stadt Stuttgart.

Mit Hilfe einer Projektförderung der Robert Bosch Stiftung fanden 2009 und 2010 zwei Mentorenschulungen mit insgesamt 12 Teilnehmerinnen und einem Teilnehmer statt. Die Teilnehmer*innen hatten selber Kinder mit Behinderungen. Sie kannten aus eigener Erfahrung das Hilfe- und Unterstützungssystem und die damit verbundenen Schwierigkeiten.



Migranteneltern
h e l f e n
Migranteneltern

In der Schulung konnten sie ihr Erfahrungswissen theoretisch vertiefen. Außerdem unternahmen sie Exkursionen zu Einrichtungen der Behindertenhilfe, inklusive Schulen und Kitas. Auch eine Einführung in die Grundlagen und Methoden der Kommunikation und Gesprächsführung war Bestandteil der Schulung. Hier ging es vor allem darum, den Mentor*innen Methoden an die Hand zu geben, damit sie in der späteren Beratung und Begleitung anderer Eltern die Balance zwischen persönlicher Betroffenheit und professioneller Distanz wahren können.

Die gemeinsame Unterrichtssprache war Deutsch, da die Teilnehmer*innen aus neun verschiedenen





Herkunftsländern stammten und elf unterschiedliche Muttersprachen sprachen. Damit stellte die Gruppe selber einen Querschnitt der multikulturellen Zusammensetzung Stuttgarts dar. Die Elternstiftung Baden-Württemberg e. V. hatte bereits langjährige Erfahrung in der Ausbildung von Elternmentor*innen, allerdings nicht mit dem Fokus auf Behinderung und Migrationserfahrung. Diese brachten sie in die Schulung ein. Das Kindergästehaus des Caritasverband für Stuttgart als weiterer Kooperationspartner stellte die Räume und übernahm die Betreuung der Kinder während der Schulung der Eltern.

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Kooperation des staatlichen Schulamts Stuttgart (ASKO) knüpfte die Projektleiterin Frau Özbabacan außerdem ein enges Netzwerk mit fröhpädagogischen Förderstätten, Kitas und sonderpädagogischen Förderschulen. Dort begannen die Elternmentor*innen nach der Qualifizierung mit ihrer Beratungstätigkeit. Seitdem unterstützen sie die Arbeit der Fachleute als Co-Berater*innen, indem sie Eltern mit ähnlichen Migrationserfahrungen in deren Muttersprache zur Seite stehen, ihnen zuhören, sie informieren und

unterstützen. Für Frühförderstellen, Schulen und Kindergärten und die Abteilung Integration sind die Elternmentor*innen seitdem wichtige Partner*innen, um Migrantenfamilien mit Kindern mit Behinderungen nicht nur als Dolmetscher*innen, sondern auch als Brückenbauer*innen zu unterstützen.

Das Mentorenprojekt hat bis heute Bestand. Die Mentor*innen besuchen Eltern zuhause, begleiten sie zu Angeboten der Behindertenhilfe, vermitteln im Falle von sprachlichen oder interkulturellen Kommunikationsproblemen bei Elterngesprächen in Kitas und Schulen. Die Anfragen erfolgen über die Einrichtungen. Viele Eltern melden sich aber auch selbst, weil sie über einen Flyer, der an vielen Stellen des Hilfesystems verteilt wird, von dem Angebot erfahren haben. Inzwischen berät die Stadt Stuttgart zusammen mit der Elternstiftung auch andere Kommunen in Baden-Württemberg, die ebenfalls Elternmentor*innen ausgebildet haben. Das Modellprojekt ist erfolgreich auf Freiburg, Heilbronn und Neckargmünd übertragen worden. Und in Stuttgart ist es zu einem dauerhaften Angebot geworden.

Das Tandem-Modell, Lebenshilfe Tübingen e. V., Arbeitsbereich *Migration und Behinderung*

Auch die Lebenshilfe Tübingen setzt seit sieben Jahren auf den Mentor*innen-Ansatz. Allerdings nennt man ihn dort *Tandem-Modell*: Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund begleiten eingewanderte Familien mit behinderten Angehörigen. Sie unter-

zwar an den Angeboten im Freizeitbereich teil, aber oft nur für kurze Zeit. Insbesondere junge Frauen mit Migrationshintergrund wären gerne länger gekommen, mussten aber aufgrund des Drängens der Familie aufhören. Mit großem Erfolg und reger Teilnahme habe man einen Deutschkurs für junge russlanddeutsche Männer angeboten, erzählen die Mitarbeiter*innen. Sie hätten auch gerne an weiteren Freizeitangeboten teilgenommen, was die Eltern zum Bedauern der Söhne aber ablehnten.



stützen Eltern bei Fragen zum Hilfesystem, begleiten zu Behörden und helfen bei Anträgen. Oder sie entwickeln Freizeitangebote für Familienmitglieder mit Behinderung und deren Geschwister. Das verbindende Element zwischen Tandem-Partner*innen und Familie ist die geteilte Erfahrung der Migration und die gemeinsame Muttersprache. Zu Beginn der Arbeit mit dem Tandem-Modell stand weniger die Entwicklung der Selbsthilfe eingewanderter Eltern im Vordergrund als die Entwicklung der Selbstbestimmung junger Erwachsener mit Migrationshintergrund.

Bereits in den goer Jahren machte die Lebenshilfe Tübingen eine Reihe von Erfahrungen, die in dieselbe Richtung wiesen: Junge Frauen und Männer mit Behinderung und Migrationshintergrund nahmen

Gespräche mit den Eltern über andere Angebote für ihre erwachsenen Kinder seien zwar meist freundlich verlaufen, blieben aber stets unverbindlich und wenig zielführend. Die Mitarbeiter*innen standen vor einem Rätsel: Wollten die Eltern nicht, dass ihre Kinder mehr Selbständigkeit und Selbstbestimmung gewinnen? Misstrauten die Eltern ihrer Arbeit? Hatten die Eltern das Gefühl, dass sie alles selbst regeln müssen und ihnen die Angebote nicht weiterhelfen würden? Eindeutig klären konnten die Mitarbeiter*innen diese Fragen nicht. Aber sie beschlossen, ein Angebot zu entwickeln, mit dem die Eltern besser erreicht und mit dem Hilfesystem verbunden werden könnten. Außerdem sollte das Empowerment von Familien mit Migrationshintergrund und Angehörigen mit

Behinderung gestärkt werden, auch mit dem Ziel, dass sie sich längerfristig mit eigenen Ideen in die Vereinsarbeit einbringen.

Bei der Lebenshilfe entstand die Idee für das Tandem-Modell. Sie bewarb sich damit 2007 um einen Preis der Lechler-Stiftung. Und gewann das Preisgeld. Das ermöglichte den Start von *Willkommen – Gemeinsam Barrieren überwinden*. Ein Pilotprojekt, das die Lebenshilfe in den folgenden Jahren in Tübingen zu einer wichtigen Ansprechpartnerin an der Schnittstelle von Migration und Behinderung machte. Gleichzeitig gab das Projekt den Startschuss für den Arbeitsbereich *Migration und Behinderung* in der Lebenshilfe Tübingen.

Kern des Arbeitsbereichs ist bis heute die Einbindung Ehrenamtlicher, die einen Migrationshintergrund haben. Diese begleiten Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Behinderung und deren Familien etwa bei Behördengängen oder im Umgang mit den Pflege- und Krankenkassen. Die Beratungskompetenz liegt bei den Hauptamtlichen der Lebenshilfe. „Über die Zusammenarbeit mit den Tandem-Partner*innen entscheiden die Familien immer selbst“, betont Antonie Platz, Geschäftsführerin der Lebenshilfe Tübingen.

Elementar für die Gewinnung ehrenamtlicher Tandem-Partner*innen war die Netzwerkarbeit, vor allem auch mit Migrant*innenorganisationen. Heute sind zwei Festangestellte in dem Arbeitsbereich tätig, eine von ihnen hat einen Migrationshintergrund. Sie koordinieren die Einsätze der rund 20 Tandem-Partner*innen. Insgesamt wurden seit der Einführung des Tandem-Modells 70 eingewanderte Familien aus insgesamt 13 verschiedenen Herkunftsländern betreut, die im ganzen Landkreis Tübingen leben.

Langfristig führte dies dazu, dass sich Eltern mit Migrationshintergrund aktiv in die Vereinsarbeit

einbringen. Heute sind die Familien mit behinderten Angehörigen besser miteinander vernetzt. Auch konnte eine multikulturelle Selbsthilfegruppe ins Leben gerufen werden, die immer noch besteht. Sie trifft sich regelmäßig zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten mit den ganzen Familien. Für die Gestaltung der Freizeitaktivitäten bringen die Familien eigene Ideen ein und gestalten die Treffen auch selbst. Längerfristig will die Lebenshilfe die Selbsthilfegruppe dahingehend ausbauen, dass Eltern zu Expert*innen qualifiziert werden, damit sie wiederum andere Eltern beraten können. Und auch die aufsuchende Beratung soll weiter ausgebaut werden.

Das Tandem-Projekt hatte auch für die Lebenshilfe als Organisation einen positiven Effekt. Denn dadurch begann ein Prozess der interkulturellen Öffnung, der mittlerweile über den Arbeitsbereich hinausgeht und alle Ebenen der Organisation einbezieht. Inzwischen werden die Mitarbeiter*innen des Arbeitsbereiches *Willkommen* von Schulen, Kitas, Kliniken, Sozial- und Jugendämtern verstärkt angefragt. Die Lebenshilfe Tübingen hat sich im Landkreis zu einem Kompetenzzentrum für Fragen zu Migration und Behinderung etabliert. Aktuell betreut sie natürlich auch Flüchtlinge mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen.

Die interkulturelle Kompetenz der Lebenshilfe Tübingen war ein Grund, warum sich an die Projektförderung durch die Lechler-Stiftung 2012 eine finanzielle Unterstützung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge anschloss. Dennoch ist es für die Lebenshilfe Tübingen nach wie vor eine Herausforderung, die Finanzierung der interkulturellen Arbeit längerfristig auf feste Füße zu stellen. Aber zumindest für 2016 zeichnet sich ab, dass es eine Teilfinanzierung durch den Landkreis geben wird.





Teil 4 Ein Fazit mit Handlungsempfehlungen

Blättern wir gedanklich zurück zu den Fragen, die wir in der Einleitung formulierten: Wie kann die Behindertenhilfe das Selbsthilfepotenzial von Eltern stärken, die einen Migrationshintergrund und ein Kind mit einer Behinderung haben? Was unterscheidet Selbsthilfeorganisationen dieser Eltern von Selbsthilfegruppen der Elternverbände? Sind Kooperationen zwischen Behindertenhilfe und Selbsthilfeorganisationen sinnvoll? Und wie könnten diese aussehen? Die vorangehenden Beiträge haben Antworten geliefert, aus denen wir nun Handlungsempfehlungen für die Praxis ableiten können. Angereichert sind die Handlungsempfehlungen durch Hinweise auf Ansätze guter Praxis in der Behindertenhilfe. Ausführliche Informationen dazu finden Sie auf unserer Website *Migration und Behinderung* (siehe Anhang).

Für die Handlungsempfehlungen sind die Fragen zentral: Wie kann Empowerment und Selbsthilfe erfolgreich initiiert werden? Welche Strategien und Konzepte führen zu mehr Empowerment und Selbsthilfe?

Wie schon in Teil eins und zwei deutlich wurde, kann die Haltung von Fachkräften für eingewanderte Eltern wegweisend sein. Diese Überlegung wollen wir anhand von zwei Beispielen vertiefen. Fachkräfte können gezielte Anregungen zum Empowerment und zur Selbsthilfe bieten. Sie können die Initiative ergreifen und Projekte anstoßen. Sie können Kooperationen eingehen und von anderen lernen. Insofern haben sie einen großen Einfluss darauf, ob Eltern Handlungsfähigkeit und Selbsthilfekompetenz entwickeln.

Aber die Handlungsmöglichkeiten einzelner Fachkräfte sind durch Rahmenbedingungen ihrer Organisation begrenzt. Um nachhaltig erfolgreich zu sein, benötigen sie die Unterstützung der Geschäftsführung, der Leitungsebene, des Teams und bereits bestehender Selbsthilfegruppen von Eltern. Eine Voraussetzung für den Erfolg ist, dass alle Ebenen sich auf das Ziel *Interkulturelle Öffnung* ausrichten.

Wie kann die Praxis aussehen? Zwei Beispiele

Beide Beispiele wurden auf der Grundlage von Diskussionen mit Fachkräften bei Fortbildungen und Beratungen gesammelt. Sie basieren also auf realen Beobachtungen, sind aber frei erfunden. Dennoch illustrieren und verdichten sie anschaulich die Fragen und Herausforderungen, die sich Fachkräften in der Praxis täglich stellen. Das erste Beispiel *Familienfrühstück* stammt aus der Arbeit der Ambulanten Familienhilfe der Lebenshilfe in Frankfurt am Main. Das zweite Beispiel knüpft an das Projekt *Ortsbesuche* in Hannover an. Es wurde vom Arbeitsbereich *Migration und Gesundheit* der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. (LVG) entwickelt und umgesetzt. Die Idee: Mit einem Sammeltaxi fahren Mitglieder von Migrantenorganisationen zu Pflegeeinrichtungen, danach gibt es den Gegenbesuch. Berührungspunkte auf beiden Seiten werden so abgebaut, beide Seiten profitieren davon. Über die realen Vorbilder erfahren Sie mehr auf unserer Website *Migration und Behinderung* (siehe Anhang).

Beispiel 1: Familienfrühstück

Eine ambulante Familienhilfe betreut überwiegend Kinder aus eingewanderten Familien. Zwei Fachkräfte stellen fest, dass es ein Bedürfnis der Eltern nach Austausch und Vernetzung gibt. Fast alle Eltern finden dafür nur am Wochenende Zeit. Sie scheinen weniger interessiert an einem angeleiteten Austausch zu einem konkreten Thema als an einem zwanglosen Treffen im Rahmen eines gemeinsamen Frühstücks, zu dem sie etwas beisteuern möchten. Ihre Kinder mit und ohne Behinderung wollen sie zu dem Treffen mitbringen.

Die Familienhilfe steht nun vor Herausforderungen. Das Elternfrühstück sieht zwar auf den ersten Blick nicht nach einem Empowermentkonzept aus, das viele



Ressourcen benötigt. Aber ohne Unterstützung aus dem Kolleg*innenkreis und durch die Führungskräfte bzw. die Geschäftsführung lässt es sich nicht umsetzen. Darüber hinaus sind die Fachkräfte zwar bereit, in regelmäßigen Abständen auch am Wochenende zu arbeiten, aber selbstverständlich möchten sie dafür einen Freizeitausgleich während der Woche. Dazu sind jedoch Veränderungen im Dienstplan notwendig. Für die Kinderbetreuung braucht die Familienhilfe mehrere Honorarkräfte, damit die Eltern sich in Ruhe unterhalten können. Haben sich die Fach- und Führungskräfte vorher gemeinsam auf das Ziel *Interkulturelle Öffnung und Aktivierung eingewanderter Eltern zur Selbsthilfe* geeinigt, ist eher davon auszugehen, dass sie die Idee der beiden Fachkräfte unterstützen. Ist dies nicht der Fall, kommt es möglicherweise zu Widerständen. Führungskräfte und Kolleg*innen könnten die Idee mit dem Hinweis abschmettern: „Ist das überhaupt Selbsthilfe? Sind das nicht bloße Freizeitaktivitäten? Können die Eltern sich zum Frühstück nicht auch privat treffen? Braucht es dafür überhaupt die Begleitung durch Fachkräfte?“ Und schließlich: „Wir haben doch bereits ein Freizeitprogramm für Familien! Warum kommen die denn nicht dazu? Müssen wir denn

für Migrant*innen in diesem Bereich ein eigenes Angebot schaffen? Wollen wir im Zeitalter der Inklusion noch Sonderstrukturen schaffen?“ Vielleicht sind die Kolleg*innen aber auch nur gleichgültig oder nicht interessiert und sagen: „Macht ruhig! Aber seht zu, wie ihr das selbst hinbekommt!“

Beides, Gleichgültigkeit und latenter Widerstand, können das Engagement von Fachkräften für die Aktivierung von Selbsthilfe negativ beeinflussen. Entweder ist die Idee dadurch bereits vor der Umsetzung zum Scheitern verurteilt. Oder aber die Fachkräfte laufen Gefahr, sich aufzureiben und die Motivation zu verlieren.

Beispiel 2: Ortsbesuche

Frau A. ist Leiterin der Frühförderstelle einer Lebenshilfe. Die Frühförderstelle liegt in einer mittelgroßen Stadt in einem Stadtteil, der stark von Einwanderung geprägt ist. Als Frau A. dort zu arbeiten begann, existierte diese schon seit zehn Jahren. Ihrer Vorgängerin war es gelungen, auch die Einwandererfamilien mit dem Angebot der Frühförderung zu erreichen. Bevor Frau A. die Leitung

übernahm, war sie bereits zwei Jahre lang Mitarbeiterin gewesen. Der interkulturelle Aspekt war ihr in dieser Zeit schon wichtig gewesen. Als sie begann, in der Frühförderstelle zu arbeiten, hatte sie eine Fortbildung in interkultureller Kommunikation absolviert. Vor einiger Zeit hatte sie ein Diversity-Training absolviert. Sie kann sich noch gut erinnern, dass sie zu Beginn ihrer Arbeit in der Frühförderstelle im Kontakt mit Familien mit Migrationshintergrund unsicher war. Sie wollte sich gerne *kultursensibel* verhalten und gab sich große Mühe, kulturtypische Muster zu entdecken.

Gemeinsamkeiten entdeckte sie vor allem bei den türkeistämmigen Familien, ihrer größten Klient*innengruppe mit Migrationshintergrund. Ihre Erfahrungen hatte sie vor allem in jener Zeit gesammelt, als sie noch Hausbesuche machte: Die Wohnungsdécoration und -einrichtung, die Art und Weise der Bewirtung und Gastfreundschaft, Geschichten über die Erfahrungen mit der deutschen Verwaltung, fielen ihr als besonders auf. In einigen Fällen hat sie die Kinder und ihre Familien über einen längeren Zeitraum begleitet und dabei gut kennengelernt. Dabei sind ihr trotz aller Gemeinsamkeiten aber auch viele Unterschiede aufgefallen. Einige Familien waren tiefreligiös und offenbar sehr an ihre Moscheegemeinde gebunden. Bei manchen hatte sie den Verdacht, dass sie eher abergläubisch waren und einen

Hodscha mit der Hoffnung aufsuchten, er könne die Behinderung des Kindes heilen. Wieder andere waren säkular und erzählten nach ihren Urlaubsreisen in die Türkei aufgebracht, wie sehr sich manches dort zum Nachteil verändert habe, seitdem die AKP an der Regierung sei. Auch mit Blick auf die Behinderung der Kinder und die Umsetzung der Empfehlungen, die sie den Eltern gab, existiere eine ganze Bandbreite unterschiedlicher Verhaltensweisen. In vielen Familien, so ihr Eindruck, war es vor allem für die Väter schwer, die Behinderung des Kindes zu akzeptieren. Sie fand es schwierig, wenn diese auf Heilung hofften. Bei vielen Familien fand mit der Zeit eine positive Entwicklung statt. Sie bekamen im Umgang mit der Behinderung ihres Kindes mehr Sicherheit und Gelassenheit.

Bei anderen, bei denen die Diagnose für das Kind unklar war oder deren Kind schwer mehrfachbehindert war, sah sie ein ewiges Auf und Ab. Durch das Diversity-Training konnte Frau A. viele Unterschiede besser einordnen. Die jahrelange Arbeit hat sie gelassen gemacht. Sie ist froh, dass ihre Arbeitsbedingungen es zulassen, die Familienorientierung umsetzen zu können, die für das Arbeiten im Kontext der Frühförderung wichtig ist. Das Team teilt ihre Auffassung, dass man möglichst alle Spielräume nutzen sollte, um flexibel auf die Bedarfe der Familien eingehen zu können.



Mit dieser Haltung begegnet Frau A. auch Frau Y., die zu einem Beratungsgespräch zu ihr kommt. Die beiden Frauen kennen sich schon seit einigen Jahren. Frau Y. hat einen Sohn, Bilal, der das Down-Syndrom hat. Momentan besucht er noch eine integrative Kita. Im nächsten Jahr soll er in die Schule kommen. Die Frage, welche Schule die beste für ihr Kind ist, beschäftigt die Mutter im Moment sehr. Frau Y. lernte Frau A. kurze Zeit nach der Geburt ihres Sohnes kennen.

Eine Ärztin im Krankenhaus, in dem Bilal aufgrund seiner Herzerkrankung operiert werden musste, hatte sie auf die Frühförderberatung aufmerksam gemacht.

A. gut unterstützt fühlte, hat sich ein besonderes Vertrauensverhältnis entwickelt. Nun möchte sie sich von Frau A. für die Schulwahl beraten lassen und gleichzeitig eine Idee mit ihr besprechen.

Frau Y. ist immer wieder aufgefallen, dass es vielen Eltern von Kindern mit Behinderung so geht wie ihr: Sie kennen sich zu wenig mit den schulischen Möglichkeiten für ihre Kinder aus. Gleichzeitig befürchten sie, dass ihre Kinder aufgrund von Herkunft und Behinderung in schlechtere Schulen abgeschoben würden, in denen sie keine ausreichende Förderung erhalten. Dieses Problem tritt wieder auf, wenn es



Frau Y. kann sich noch gut daran erinnern, wie aufgeregt sie vor dem Beratungstermin war. Zu Frau A. konnte sie damals spontan Vertrauen fassen. Diese hatte sich viel Zeit für das Beratungsgespräch genommen, langsam gesprochen und ihr alles sehr gut anhand von Bildern erklärt. Frau Y. hat keine erkennbaren Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache. Sie erlebt sich aber in Situationen als unsicher und angespannt, in denen sie mit einer ihr nicht geläufigen Fachsprache konfrontiert wird. Aufgrund ihrer positiven ersten Erfahrung und der Tatsache, dass sie sich auch danach von Frau

um den Übergang zu weiterführenden Schulen, die Suche nach einem Arbeits- oder Werkstattplatz oder die Frage nach einer Wohnmöglichkeit geht. Selbst für Eltern wie Frau Y., die eigentlich gut Deutsch sprechen, seien die Hürden enorm, sich die nötigen Informationen zu beschaffen und zu verstehen. Aufgrund der mangelnden Deutschkenntnisse sei die Barriere auch zu hoch, sich direkt an die Einrichtungen oder eine deutschsprachige Beratung zu wenden. Und in vertrauten Organisationen wie Moscheegemeinden und Migrantenselbstorganisationen gebe es zu wenig



Wissen, so Frau Y. Sie hat zufällig über eine Moscheegemeinde in einem anderen Bundesland von dem Projekt *Ortsbesuche* erfahren und regt nun an, ob Frau A. so ein Projekt nicht mit ihr umsetzen wolle.

Da Frau Y. selber in einer Moscheegemeinde aktiv und gut vernetzt ist, kann sie sich vorstellen, die Kontakte zu Eltern und weiteren Migrantenorganisationen herzustellen. In der Frühförderstelle hat sie andere Mütter aus dem Stadtteil kennengelernt. Diese haben wiederum weitere Kontakte zu Moscheegemeinden und Migrantenorganisationen. Frau A. gefällt diese Idee sehr gut. Sie erkennt sofort die Chance, die in diesem Vorschlag liegt. Frau Y. mit ihren vielen Kontakten, ihrer Erfahrung als Betroffene und ihrer positiven Haltung zu den Diensten und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung wäre eine ideale Brückenbauerin zwischen den Eltern und den *Communities*. Frau A. kann sich gut vorstellen, dass sich über das Projekt noch andere Multiplikator*innen finden lassen. Diese könnte man dann längerfristig für eine Selbsthilfegruppe oder als Mentor*innen für andere Eltern gewinnen. Frau A. weiß aber auch, dass das Projekt *Ortsbesuche* zeitliche und finanzielle Ressourcen benötigt, die sie alleine nicht aufbringen kann. Jemand muss das Projekt koordinieren und die Dienste und Einrichtungen für die Kooperation gewinnen. Das Projekt benötigt

auch eine finanzielle Förderung. Sie beschließt, ihren Geschäftsführer für die Idee zu gewinnen. Wir lassen an dieser Stelle offen, wie dieser sich entscheiden wird. Ohne Unterstützung werden Frau A. und Frau Y. diese vielversprechende Idee nicht umsetzen können. Fänden sie jedoch Unterstützer*innen, könnte die Organisation davon längerfristig profitieren, selbst wenn die Entwicklungsperspektiven, die Frau A. sieht, sich nicht realisieren lassen.

Beide Beispiele zeigen zweierlei auf: Die Fachkräfte sind engagiert und gut ausgebildet, aber sie sind angewiesen auf die Unterstützung ihrer Einrichtung. Welche Handlungsempfehlungen können und müssen wir daher aus den Beispielen ableiten?



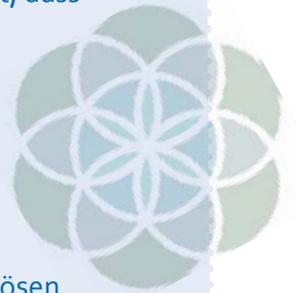
Handlungsempfehlungen

Ihr Ziel ist es, das Empowerment und das Selbsthilfepotenzial von Familien mit Migrationshintergrund zu stärken, zu denen ein Kind mit Behinderung gehört. Sie wollen die Handlungsfähigkeit der Eltern erhöhen, damit sie sich im Alltag zum Wohle ihres Kindes durchsetzen können. Mit Ihrer Organisation möchten Sie außerdem eine interkulturelle Öffnung erreichen. Nicht entscheidend ist für Sie dabei, ob die Förderung von Empowerment und Selbsthilfe das Ziel oder nur eine Etappe innerhalb einer größeren Entwicklung ist. Unsere Handlungsempfehlungen unterstützen Sie dabei.

1. Auf die Haltung kommt es an!

Ob Sie Ihr Ziel erreichen, hängt von Ihrer Haltung gegenüber den Eltern ab. In der Behindertenhilfe hat sich dafür der Begriff *kultursensibel* eingebürgert. Er bedeutet, dass kultursensible Fachkräfte:

- personen- und familienzentriert arbeiten
- sich auf Ressourcen und nicht auf Defizite der Familien konzentrieren
- möglichst flexibel auf Elternbedürfnisse reagieren
- eigene Vorurteile, Stereotypen und kulturelle Prägungen kennen
- Stereotype als Verhaltensklärungen vermeiden
- individuellen Elternperspektiven den Vorzug geben vor kulturellen und religiösen Erklärungsmodellen, wie z. B. die Sicht des Islams auf Behinderung
- um die Ohnmacht und Machtasymmetrien wissen, die Eltern durch Bürokratie- und Fachsprache empfinden können
- Sprachbarrieren durch z. B. Leichte Sprache, Unterstützende Kommunikation oder Sprach- und Kulturmittler*innen abbauen
- den Migrationskontext einbeziehen, z. B. den Aufenthaltsstatus oder Diskriminierungserfahrungen
- sich mit Migrantenselbstorganisationen und Akteuren der Migrations- und Flüchtlingsarbeit vernetzen



2. Haltung braucht Teamarbeit und Strukturen

Sehr häufig geben engagierte Mitarbeiter*innen oder kleine Gruppen die Impulse. Ihr Ziel – mehr Empowerment und Selbsthilfe für Eltern – erreichen Sie aber nur, wenn die ganze Organisation passende Strukturen und Kompetenzen entwickelt. Erfolgreich sind Sie dann, wenn:

- Führungsebene und Team das gleiche Verständnis von Empowerment und Selbsthilfe haben
- die Leitung das Empowerment und die Selbsthilfe als Ziel definiert und die Mitarbeiter*innen dafür gewinnt
- alle für das Ziel sensibilisiert sind und sich damit identifizieren
- es klar benannte Verantwortliche oder Steuerungsgruppen und genügend Zeitressourcen gibt
- Sie Fortbildungen, interkulturelle Trainings oder Supervisionen nutzen
- Sie sich durch externe Berater*innen und Trainer*innen unterstützen lassen, wenn der Prozess ins Stocken gerät

3. Eltern bestimmen, was Selbsthilfe ist – Fachkräfte leisten Unterstützung

Die Vorstellungen aller Beteiligten von Selbsthilfe können voneinander abweichen. Selbsthilfe heißt, dass Eltern selber entscheiden, was ihnen hilft. Aber sie brauchen gleichzeitig fachliche Unterstützung. Daher sollten Sie wissen, dass:

- in den Selbsthilfeorganisationen meist die Gründungsmitglieder die Aufgabe der fachlichen Unterstützung übernehmen
- Eltern Empowerment-Konzepte bevorzugen, bei denen der soziale Aspekt des Austausches in einer ungezwungenen Atmosphäre im Vordergrund steht
- Eltern offen für weitere Angebote sind – wenn Sie auf ihre Bedürfnisse eingehen

4. Netzwerke aufbauen und Kooperationen eingehen

Strategien der Vernetzung und der Kooperation spielen für die Stärkung von Empowerment und Selbsthilfe eine zentrale Rolle. Dies gilt für alle Organisationen, die sich dafür einsetzen – von der Behindertenhilfe über die Elternverbände und die Migrationssozialarbeit bis hin zu den Selbsthilfeorganisationen. Bitte beachten Sie:

- Wer als einzelner Akteur Netzwerke aufbauen und pflegen will, braucht viel Zeit und Energie
- Nutzen Sie daher bestehende Netzwerke für Ihren Einstieg und bauen Sie diese aus

5. Voneinander lernen und an gute Praxis anknüpfen

Ob Frühstück oder Ortsbesuche – auf Ihrer Suche nach Konzepten und Strategien gilt: Sie müssen das Rad nicht neu erfinden. Knüpfen Sie an die vielen guten Beispiele an, mit denen Migrantenselbstorganisationen, die Migrationssozialarbeit und Behindertenhilfe sowie die Elternverbände das Empowerment stärken und die Selbsthilfe aktivieren.

6. Gehen Sie aktiv auf Brückenbauer*innen zu!

In allen erfolgreichen Beispielen zeigt sich: Brückenbauer*innen spielen eine zentrale Rolle, wenn es um erfolgreiches Empowerment und starke Selbsthilfe geht. Gehen Sie daher auf Eltern mit Migrationshintergrund zu, die gut vernetzt sind.

7. Instrumentalisieren Sie Brückenbauer*innen nicht als Türöffner*innen!

Brückenbauer*innen öffnen Türen zwischen Diensten und Einrichtungen der Behindertenhilfe und Eltern mit Migrationshintergrund. Sie setzen ihre sozialen Beziehungen ein, um Verbindungen zu schaffen, wo vorher keine waren. Das verdient Anerkennung und Wertschätzung, die Sie zum Ausdruck bringen sollten!

8. Nutzen Sie die Potenziale von Brückenbauer*innen!

Brückenbauer*innen vermitteln und übersetzen zwischen den Bedürfnissen der Eltern und den Konzepten der Behindertenhilfe. Fachkräfte sollten diese Expertise nutzen und Konzepte und Angebote gemeinsam mit Brückenbauer*innen entwickeln.



Anhang

Zitierte Literatur

Alheit, Peter (1992):

Biographizität und Struktur. In: P. Alheit/B. Dausien/A. Hanses/A. Scheuermann (Hrsg.): Biographische Konstruktionen. Beiträge zur Biographieforschung. Werkstattberichte des Forschungsschwerpunkts Arbeit und Bildung, Bd. 19, Bremen: 10-36.

Amirpur, Donja (2016):

Migrationsbedingt behindert? Familien im Hilfesystem. Eine intersektionale Perspektive. Bielefeld: transcript (im Druck).

Auernheimer, Georg (2015):

Interkulturelle Kommunikation – vierdimensional betrachtet, unter www.hf.uni-koeln.de/31372 (letzter Zugriff am 05.11.2015).

Beck-Gernsheim, Elisabeth (2004):

Wir und die Anderen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014):

10. Bericht über die Lage der Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland, unter www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/IB/Artikel/Allgemein/2014-10-29-10-lagebericht.html (letzter Zugriff am 05.12.2015).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015:

Asylgeschäftsstatistik für den Monat November 2015, unter www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/Asylzahlen/asylzahlen-node.html (letzter Zugriff am 01.12.2015).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2000):

6. Familienbericht: Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Leistungen - Belastungen - Herausforderungen, unter www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/ (letzter Zugriff am 05.11.2015).

Karakaşoğlu-Aydın, Yasemin (1999):

Muslimische Religiosität und Erziehungsvorstellungen. Frankfurt a.M.: IKO.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2012):

Aktionsplan der Landesregierung. Eine Gesellschaft für alle – NRW Inklusiv. Düsseldorf: S. 166.

Mecheril, Paul (1997):

Rassismuserfahrungen von anderen Deutschen – eine Einzelfallbetrachtung. In: P. Mecheril/T. Teo (Hrsg.), Psychologie und Rassismus. Hamburg: Rowohlt, 175-202.

Nieke, Wolfgang (1997):

Zentrale Begriffe interkulturellen Lernens, Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, Soest.

Sarma, Olivia (2012):

Kulturkonzepte. Ein kritischer Diskussionsbeitrag für die interkulturelle Bildung. AMKA der Stadt Frankfurt am Main, unter www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/Kulturkonzepte_2012.pdf (letzter Zugriff am 05.11.2015).

Schopp, Johannes (2013):

Eltern Stärken. Die Dialogische Haltung in Seminar und Beratung. Ein Leitfaden für die Praxis, Verlag Barbara Budrich.

Schulz von Thun, Friedemann (o.J.):

Kommunikationsquadrat, unter www.schulz-von-thun.de/ (letzter Zugriff am 05.11.2015).

Van Dillen, Ton (2008):

Erfahrungen aus Europa: Migration und Behinderung. Ein Thema in den Niederlanden, dem multikulturellen Staat? In: C. Kauczor/S. Lorenzkowski/M. Al Munaizel (Hrsg.), Migration, Flucht und Behinderung. Essen: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit, 39-46.

Wagner-Stolp, Wilfried (2003):

Elternselbsthilfe und Lebenshilfe – eine Beziehung, die in Spannung hält. In: Fachdienst der Lebenshilfe 3.

Wansing, Gudrun (2015):

Behinderte Migranten – Migrierte Behinderte. Was wissen wir (nicht) über die Schnittstellen. Vortrag im Rahmen der Fachtagung „Migration und Behinderung“, Bundesvereinigung Lebenshilfe, Berlin, unter www.lebenshilfe.de/migration-und-behinderung/fachtagung2015/ (letzter Zugriff am 01.12.2015).

Winker, Gabriele/Degele, Nina (2009):

Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld: transcript.

Zitierte Links

Das Fachforum - Netzwerk für Inklusion und Integration: <https://fachforum.wordpress.com/> (letzter Zugriff 05.12.2015)

Lernplattform für das interkulturelle Dolmetschen: <http://trialog.inter-pret.ch> (letzter Zugriff 05.12.2015)

Sprint Servicestelle - Das führende Portal für Sprach- und Integrationsmittlung in Deutschland: <http://www.sprachundintegrationsmittler.org/> (letzter Zugriff 05.12.2015)

Kontakt Daten Praxisbeispiele

TIM e.V.
Adam-Klein-Straße 6, 90429 Nürnberg
Telefon 0911 260420
E-Mail info@timev.de
Internet timev.de

Verein zur Unterstützung behinderter Migranten – Umut e.V.
Kornstraße 3, 30167 Hannover
Telefon 0511-37437483
E-Mail info@umut-ev.de
Internet www.umut-ev.de

MINA – Leben in Vielfalt e. V.
Friedrichstraße 1
10969 Berlin
Telefon 030 25796959
Fax 030 25796961
E-Mail info@mina-berlin.de
Internet www.mina-berlin.eu

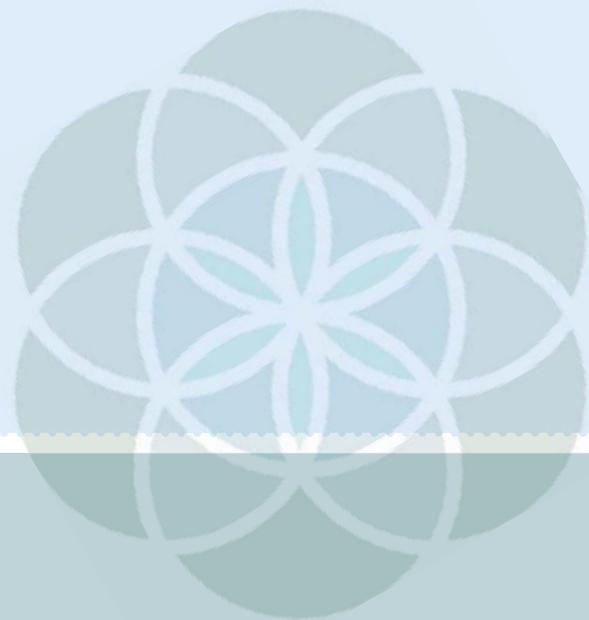
InterAktiv e. V.
Wilhelmshavener Straße 32
10551 Berlin
Telefon 030 58858271
E-Mail info@interaktiv-berlin.de
Internet www.interaktiv-berlin.de

Landeshauptstadt Stuttgart
Eberhardstraße 61
70173 Stuttgart
Telefon 0711 21680395
Fax 0711 21680394
E-Mail ayse.oezbabacan@stuttgart.de
Internet www.elternstiftung.de

Lebenshilfe Tübingen e. V.
Friedrich-Dannenmann-Straße 69
72070 Tübingen
Telefon 07071 944051
E-Mail mail@lebenshilfe-tuebingen.de
Internet [www.lebenshilfe-tuebingen.de/angebote/
familien-mit-migrationshintergrund](http://www.lebenshilfe-tuebingen.de/angebote/familien-mit-migrationshintergrund)

Weiterführende Informationen

Für weiterführende Informationen, Tipps zum Weiterlesen und Anregungen für Ihre praktische Arbeit zur Schnittstelle Migration und Behinderung besuchen Sie unsere Website *Migration und Behinderung*
www.lebenshilfe-migration.de



Lebenshilfe

Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V.

Leipziger Platz 15
10117 Berlin
Tel.: 030 206411-0
Fax: 030 206411-204
www.lebenshilfe.de